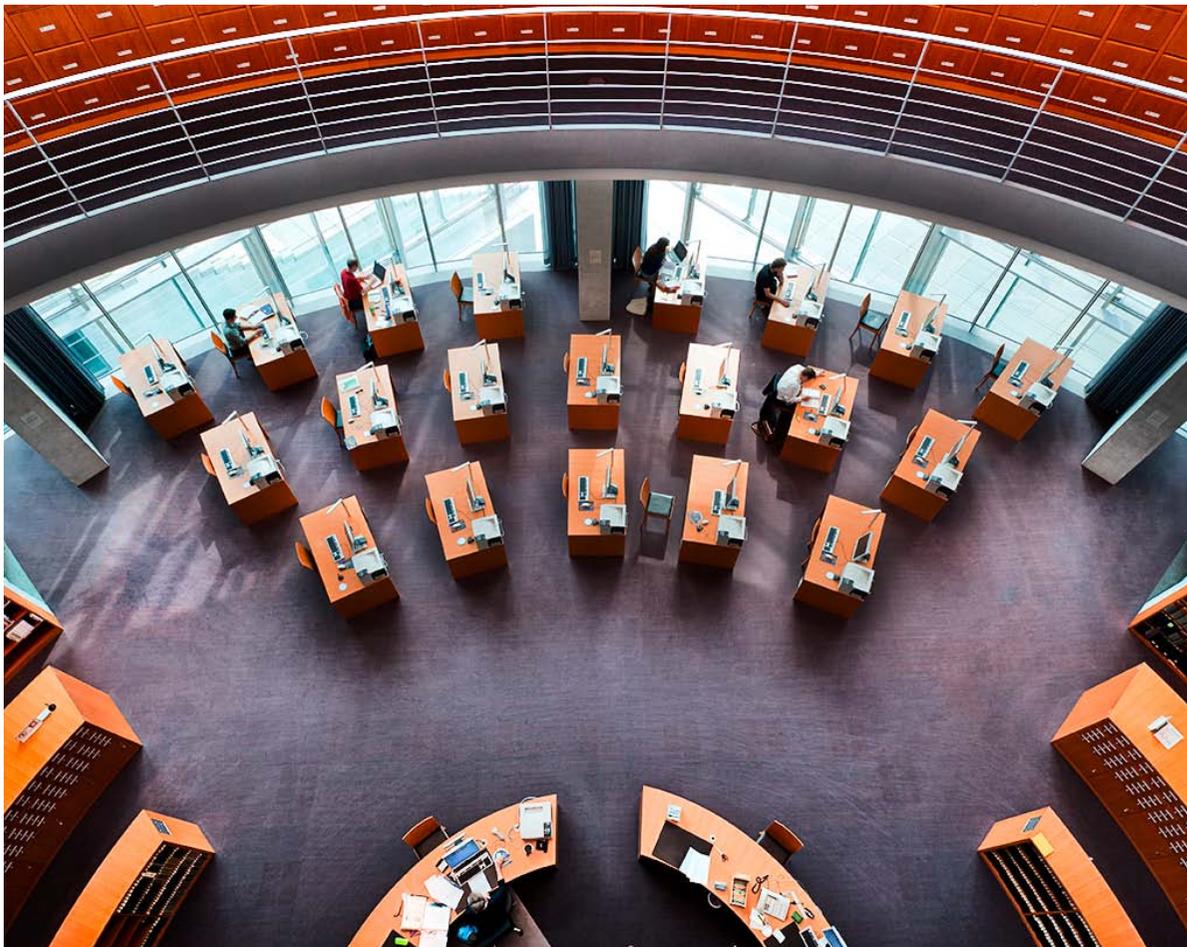


## Behörde – Bibliothek – Information



### Arbeitsgemeinschaft der Parlaments- und Behördenbibliotheken

Ausgabe Nr. 66 – 1. Juni 2015

### Themen

Wissensmanagement in öffentlichen Verwaltungen

Kollaboration in den Spezialbibliotheken der Bundeswehr

Umbau der Bibliothek des Bayerischen Landtags 2013/2014

Zur Diskussion: RDA

# EDITORIAL

Eine neue Ausgabe von APBB aktuell gibt wieder einen Überblick über Themen vom Bibliotheksporträt bis hin zum Wissensmanagement.

Nicht überall können wir einer Meinung sein. Deshalb haben wir eine neue Rubrik ZUR DISKUSSION eingeführt. Diesmal beginnen wir

mit einem Contra zu RDA. Aber das Thema wird uns in den nächsten Jahren noch weiter verfolgen. Sind Sie zu einem PRO RDA bereit oder wollen Sie zu einem anderen Thema dezidiert eine Position beziehen? Bitte zögern Sie nicht, auch kleinere Beiträge für unsere Publikation beizusteuern.



Dr. Jürgen Kaestner

## IMPRESSUM

### APBB aktuell

Behörde – Bibliothek – Information

ISSN: 2196-6222

Arbeitsgemeinschaft der Parlaments- und Behördenbibliotheken (APBB)

### Dr. Jürgen Kaestner

Hessischer Landtag  
Schlossplatz 1-3  
65183 Wiesbaden  
J.Kaestner@ltg.hessen.de  
www.apbb.de

### Redaktion:

#### Annett Fürste

Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt  
des Landes Sachsen-Anhalt, Bibliothek,  
Leipziger Str. 58, 39112 Magdeburg,  
Tel.: 0391/567 3248  
Annett.Fuerste@mli.sachsen-anhalt.de

#### Elisabeth März

Deutscher Bundestag, Bibliothek,  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin,  
Tel. 030-22735177  
elisabeth.maerz@bundestag.de

#### Art Direction und Grafik

trunitt Publishers, München

Diese Publikation kann auf internen Servern gespeichert werden. Exemplare können dem Benutzer in gedruckter oder elektronischer Form zur Verfügung gestellt werden.

Titelbild: Deutscher Bundestag, Jörg F. Müller

# INHALT

<b>Editorial</b> _____	<b>2</b>	<b>BIBLIOTHEKSPORTRAIT</b>		<b>INTERNATIONALES</b>	
<b>Impressum</b> _____	<b>2</b>	<b>Nadler:</b> _____	<b>15</b>	<b>Wellems:</b> _____	<b>27</b>
		Umbau der Bibliothek des Bayerischen Landtags 2013/2014		Frankreich im August 2014 - die Vorkonferenz der IFLA-Sektion Parlamentsbibliotheken im französischen Parlament	
<b>FACHBEITRAG</b>		<b>AUS DER PRAXIS FÜR DIE PRAXIS</b>		<b>ZUR DISKUSSION</b>	
<b>Fürste / Stember:</b> _____	<b>4</b>	<b>Böhner / Rottmann:</b> _____	<b>21</b>	<b>Kaestner:</b> _____	<b>30</b>
Wissensmanagement in öffentlichen Verwaltungen		Kollaboration in den Spezialbibliotheken der Bundeswehr		RDA – Contra	
<b>Fauck:</b> _____	<b>11</b>	<b>Tronich:</b> _____	<b>24</b>	<b>Redaktioneller Beitrag:</b> _____	<b>32</b>
Elektronisches Dokumentenmanagement und Vorgangsbearbeitung im Landtag von Sachsen-Anhalt		Aktuelle Parlamentspapiere im elektronischen Postfach, ein endlich modernisierter „alter Service“ der Bibliothek des Deutschen Städtetages		Ärger mit "Bundles"?	

# WISSENSMANAGEMENT IN ÖFFENTLICHEN VERWALTUNGEN

ERGEBNISSE EINES PILOTPROJEKTS IN SACHSEN-ANHALT MIT EINEM FOKUS AUF DIE MÖGLICHE NEUE ROLLE VON VERWALTUNGSBIBLIOTHEKEN ALS WICHTIGE INTERNE WISSENSPEICHER

Wissensmanagement gilt heutzutage in vielen Verwaltungen als wichtige Strategie, um die noch nicht abzusehenden Folgen von jahrelangem Personalabbau auf der einen und dem an Dynamik wachsenden demographischen Wandlungsprozess auf der anderen Seite in den Griff bekommen zu können. Darüber hinaus wird es zunehmend wichtig, das in den unterschiedlichsten Formen und Medien vorhandene Wissen besser und vor allem schneller nutzen, ablegen und auffinden zu können.

*ES WIRD ZUNEHMEND WICHTIG, DAS IN DEN UNTERSCHIEDLICHSTEN FORMEN UND MEDIEN VORHANDENE WISSEN BESSER UND VOR ALLEM SCHNELLER NUTZEN, ABLEGEN UND AUFFINDEN ZU KÖNNEN.*

Als typisches Querschnittsgebiet zwischen IT, Personal und Organisation gibt es für den Bereich „Wissen“ viele Instrumentenbündel, die in den öffentlichen Verwaltungen genutzt werden können. Der Bericht zeigt Vorgehen und Ergebnisse eines Pilotprojekts im Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt des Landes Sachsen-Anhalt, das die Hochschule Harz wissenschaftlich begleitet hat.

## 1 AUFBAU UND DURCHFÜHRUNG DES PROJEKTS

Während über die Notwendigkeit für das Wissensmanagement viel geschrieben wird, zeigen sich echte Erfahrungs- und Werkstattberichte eher selten. Aus diesem Grunde konnte sich das hier beschriebene Pilotprojekt Einführung von Wissensmanagement im Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt (MLU) kaum an Vorbildern orientieren. Auf der anderen Seite waren jedoch die Aufgaben, die seitens der Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt in drei Teilen formuliert worden waren, sehr konkret, praktisch und deutlich:

- Die Einführung und fachliche Grundlagenermittlung (Einführungsphase),
- die Analyse und Auswahl geeigneter, spezifischer Instrumentarien und Verfahren für das Wissensmanagement (Vorbereitungs- und Umsetzungsphase) sowie
- das Ergebnis und Transferfunktionen für weitere Ressorts.

Im Ergebnis sollte damit nicht nur ein nutzungsfähiges und praktisch brauchbares Gesamtkonzept entwickelt werden, sondern vor allem auch ein Einführungs- und Transferkonzept für andere Ressorts, die Wissensmanagement in naher Zukunft ebenfalls einführen wollen. Im Hinblick auf die konkretisierte Planung der empirischen Erhebungen wurde ein dreistufiger Aufbau der Analysephase erarbeitet.

### Phase 1: Allgemeine Grundlagenermittlung

Die allgemeine Grundlagenermittlung als „Voranalyse“ sollte vor allem die übergreifenden Faktoren und Voraussetzungen im gesamten MLU behandeln und auswerten. Diese

Voranalyse war qualitativ angelegt, d. h. die Untersuchung sollte einen methodisch-qualitativen Einstieg bieten und keine repräsentative Messung gewährleisten. Diese erste allgemeine Grundlagenermittlung erfolgte auf der Basis von Einstiegsinterviews mit ausgewählten Interviewpartnern.

### Phase 2: Spezifische Grundlagenermittlung in den Organisationseinheiten

Die Grundlagenermittlung in Form einer Hauptanalyse sollte allgemeine und spezielle Faktoren und Voraussetzungen in den Abteilungen und Referaten im MLU untersuchen. Der Einstieg wurde methodisch-quantitativ ausgerichtet und sollte in Anlehnung an den Fraunhofer „WM-Fitness-Check“<sup>1</sup> erfolgen, der von der wissenschaftlichen Begleitung auf die Belange einer öffentlichen Verwaltung bzw. auf das Ministerium angepasst wurde. Die inkludierten Zielstellungen dieses Ansatzes einer Vollerhebung waren:

- Die Identifikation von konkreten Handlungsfeldern in den Bereichen Wissen erzeugen, Wissen anwenden, Wissen speichern und Wissen verteilen sowie
- die Ermittlung von Gestaltungsfeldern und Kernaktivitäten.

Mit diesen Ergebnissen sollte gewährleistet sein, die in der Voranalyse ermittelten Grundlagen und Probleme zu gewichten und anschließende Priorisierungen von Maßnahmen zu ermöglichen.

### Phase 3: Auswertung und ausgewählte Interviews

Nach Abschluss der Untersuchung und nach Erhalt der ausgewerteten Ergebnisse sollten die Resultate in Form eines

Workshops mit der Projektgruppe „Wissensmanagement“ und/oder qualitativen Ergänzungsinterviews in ausgewählten Bereichen nachbearbeitet werden.

**2 DER WISSENSMANAGEMENT-FITNESS-CHECK ALS EINE METHODISCHE GRUNDLAGE**

Der so genannte „WiMa-Check“ ergänzte den qualitativen Teil der Experten- und Mitarbeiter-Interviews durch einen quantitativ-messenden Teil, um einerseits Bewertungen und Einschätzungen der bisherigen Situation, aber auch andererseits die Wünsche und Ideen der Mitarbeiter anhand von Zahlen darstellbar und greifbar zu machen.

*MITTELS WIMA-CHECK WÜNSCHE UND IDEEN DER MITARBEITER ANHAND VON ZAHLEN DARSTELLBAR UND GREIFBAR MACHEN.*

Im ersten Teil ging es um die Wissensbereiche und damit um die zentrale Frage, mit welchen dieser Wissensbereiche man sich im MLU prioritär beschäftigen sollte. In der Differenz zwischen Bedeutung und Gewichtung auf der einen sowie der Verfügbarkeit auf der anderen Seite kam deutlich heraus, dass in den Bereichen der internen Prozesse, im Methoden- und Fachwissen sowie beim Wissen um interne Ansprechpartner die größten Handlungsansätze vorhanden sind (vgl. Abb. 1).

Im zweiten Teil „Umgang mit Wissen“ zeigte sich sehr deutlich, dass allgemeine Verbesserungen in allen abgefragten Bereichen erforderlich sind. Besonders stark wurde die „Anwendung und Nutzung von Wissen“ in den Vordergrund gestellt, während die „Erzeugung von Wissen“ mit spürbarem Abstand im Hintergrund steht. Besondere Einzelschwer-

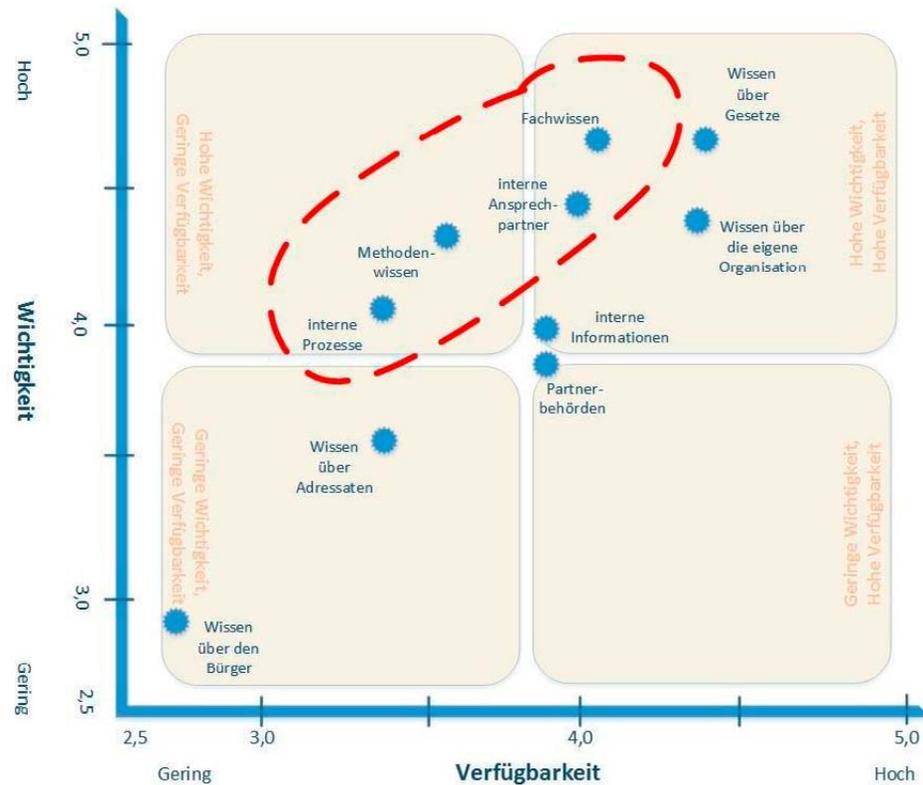


Abb. 1: Gegenüberstellung zwischen Verfügbarkeit und Wichtigkeit von Wissenselementen

Quelle: Eigene Erhebungen 2014.

punkte wurden in den Bereichen Erhöhung der Transparenz von Wissensträgern und Ansprechpartnern, die Verbesserung des „Schnellen Findens“ und der „Dokumentation und Ablage nach Abschlüssen“, im übergreifenden Wissensaustausch sowie in der systematische Entwicklung von Wissen (Erzeugung) erkennbar.

Hinsichtlich der Bewertung der Wissensbereiche im dritten Teil konnten ebenfalls deutliche Ergebnisse ermittelt werden:

- Für den Themenbereich Organisation zum Beispiel die Verbesserung der Transparenz von Abläufen und des Austausches von Wissen, Prozessbeschreibungen und die Optimierung der Zuständigkeiten sowie die Weiterentwicklung der allgemeinen Zugänglichkeit von Information,
- Für den Themenbereich Personal zum Beispiel der Wunsch nach einer gezielten Personalentwicklung und nach methodischer Einarbeitung von neuen Mitarbeitern oder neuen Auf-

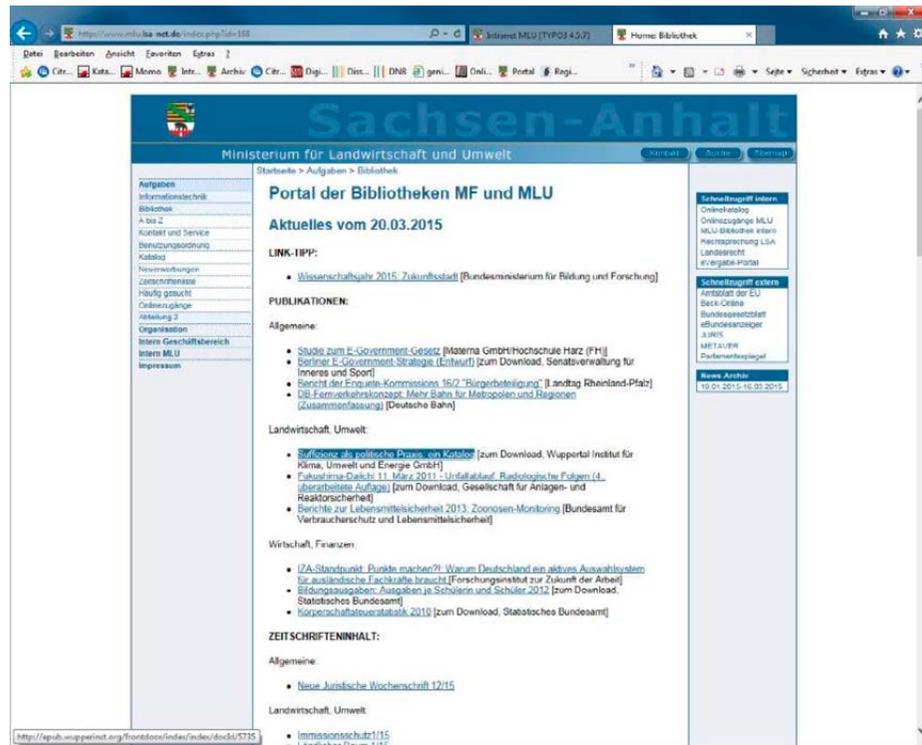


Abb. 2: Gemeinsames Bibliotheksportal des Ministeriums für Landwirtschaft und Umwelt und des Finanzministeriums.

- gaben (Master-Handreichung) und bessere Möglichkeiten des informellen Wissensaustausches,
- Für den Themenbereich IT zum Beispiel der Aufbau eines einheitlichen Dokumentenmanagementsystems oder der Aufbau eines einheitlichen Ablagesystems.

Natürlich stand auch die Verwaltungsbibliothek des Ministeriums für Landwirtschaft und Umwelt im Fokus der Analyse. Im Bereich der grundlegenden Fragen ist dabei sehr positiv hervorzuheben, dass die Bibliothek des MLU als guter und umfangreicher Wis-

sensspeicher fungiert. Im Rahmen der Untersuchung wurde u. a. die Nutzungshäufigkeit des Onlineangebotes der Bibliothek abgefragt. Die MLU-Bibliothek betreibt innerhalb des Extranets der Landesregierung Sachsen-Anhalt ein eigenes Bibliotheksportal. Die Nutzungsintensität dieser Plattform ist allerdings eher gering, was möglicherweise darauf beruht, dass der Bekanntheitsgrad innerhalb der Verwaltung nicht optimal ist (Nutzungsdefizit).

Bei den Verbesserungsvorschlägen war schließlich ein Fokus auch auf die Kommunikation gerichtet: In diesem Zusammenhang wurde die Forderung deutlich, dass insbesondere implizites

Wissen besser kommuniziert werden muss, und vor allem auch die Bekanntheit der Wissensspeicher, wie Bibliothek und Webauftritte, gefördert werden soll. Entsprechend deutlich wurde der Vorschlag zur Verbesserung der Nutzungsintensität der Bibliothek auch im Gutachten unter der Stufe 1 „Höhere Priorität“ aufgegriffen.

### 3 DIE VERWALTUNGSBIBLIOTHEK ALS WERTVOLLES INSTRUMENT DES WISSENSMANAGEMENTS UND ALS WISSENSPEICHER VOR NEUEN HERAUSFORDERUNGEN

Verwaltungsbibliotheken haben eine sehr lange Tradition, die teils bis ins 14. Jahrhundert zurückreicht. So ist die Verwaltungsbibliothek als "Ratsbibliothek" zumindest seit dem Jahr 1370 in Nürnberg nachgewiesen und diente vorrangig als Arbeitsinstrument für die Stadtverwaltung.<sup>2</sup> Grundsätzlich definieren sich Verwaltungsbibliotheken als wissenschaftliche Spezialbibliotheken mit eingeschränkter oder keiner öffentlichen Benutzung. Sie ist überwiegend Dienstleister für die Verwaltung und stellt Fachliteratur für die gesamte Verwaltung bereit. Im Laufe der Entwicklung haben sich mit der fachlich-inhaltlichen Spezialisierung der Ämter und Organisations- bzw. Aufgabeneinheiten natürlich auch erhebliche Spezialisierungen der Bibliotheken ergeben. Die Behördenbibliotheken sind zudem Bestandteil des Prozesses der Verwaltungsmodernisierung. Sie managen insbesondere „externes Wissen“. Durch zielgerichtete Auswahl und strukturierte Bereitstellung von Informationen bieten sie ihren Kunden Orientierung, was u. a. durch die Verwaltungsbibliothek des MLU im Umweltbereich anschaulich dokumentiert wird.

Wie andere Institutionen innerhalb der Verwaltungen sind natürlich auch die Verwaltungsbibliotheken durch Einsparungs- und Konsolidierungszwänge gekennzeichnet, die sich in Form einer Reduzierung der Bestandsausgaben oder durch fehlende Neuanschaffungen einerseits sowie auch durch Personalabbau andererseits dokumentieren. Diese Kürzungen können jedoch sehr schnell die gesamte Funktions- und Leis-

tungsfähigkeit einer Bibliothek in Frage stellen. Die Folge ist eine automatische Umorientierung der Mitarbeiter auf andere Institutionen oder Medien, wo die fehlenden, aktuellen Informationen vermeintlich oder tatsächlich leichter zu erhalten sind, und das führt zu einer weiteren Nachfrageschwächung der Bibliothek. Eine Behördenbücherei im herkömmlichen Sinn als bloßer Verwalter der Bestände hätte tatsächlich kaum eine Existenzberechtigung. Jedoch sind traditionelle Arbeitsvorgänge und Angebote in den letzten Jahren völlig in den Hintergrund getreten. Die zunehmende Digitalisierung der Information setzt inzwischen ganz neue Schwerpunkte im Bibliotheksalltag.

---

### *DIE ZUNEHMENDE DIGITALISIERUNG DER INFORMATION SETZT GANZ NEUE SCHWERPUNKTE IM BIBLIOTHEKSALLTAG.*

---

Auch unter diesen sich rasant verändernden Bedingungen bleibt es die vordringlichste Aufgabe von Behördenbibliotheken, ihre Angebote so effektiv zu organisieren, dass sie für die politischen Entscheidungsträger, die Fachleute der Behörde und bei Bedarf auch für die Öffentlichkeit notwendige Informationen schnellstmöglich und in guter Qualität bereitstellen kann. Um diese Anforderung zu erfüllen, ist gerade im Internetzeitalter und der damit verbundenen Informationsflut der Einsatz von Mitteln eines modernen Informationsmanagements unerlässlich.

Daher bestehen die aktuellen Herausforderungen nicht nur in den ressourcenbedingten Einsparungen, sondern – wie in nahezu allen Bibliotheken – in folgenden Aspekten:

- Die Notwendigkeit, zunehmend neue Medien und neue Plattformen, wie das Internet, zu integrieren,
  - die Notwendigkeit, sinnvolle, nachvollziehbare und kundenorientierte Kriterien für Neuanschaffungen zu definieren, da selbst bei ausreichend ausgestatteter Haushaltslage nicht mehr alle Neuerscheinungen zu erwerben sein werden,
  - die Aufgabe, angesichts eines (zunehmend) überforderten Orientierungsvermögens bei den Nutzern, neue Service-Angebote zu unterbreiten (Kundenorientierung), die die Informationsvielfalt inhaltlich und medial beherrschbar machen können,
  - das Eigenmarketing, um den Mehrwert des Vorhandenseins einer Bibliothek deutlich zu machen, sowie nicht zuletzt
  - die Notwendigkeit, sich permanent fachlich fortzubilden.
- Demzufolge müssen alle Bibliotheken heute geeignete Wege finden, um vor allem den Nachweis ihres Nutzens, ihrer Leistungsfähigkeit und der Nachfrage erbringen zu können.

Zum einen gibt es Strategien, um gerade Verwaltungsbibliotheken in Bezug auf die Modernität und auf den Aufgabenwandel neu auszurichten. Zu diesen neuen Strategieelementen zählen beispielsweise Nutzungsoffensiven und neues Marketing oder weitreichende Service-Offensiven, z. B. hinsichtlich der Beratung und Lotsenfunktionen im neuen „Informations-Dschungel“. So ist die Vermittlung von Informationskompetenz auch für Behördenbibliotheken von zentraler Bedeutung. In Staats- oder Universitätsbibliotheken besteht die Hauptaufgabe darin, die Studierenden insgesamt zu befähigen, wissenschaftliche Informationen zu beschaffen und zu verarbeiten. In Behördenbibliotheken stellt sich das anders da. Hier kommt es maßgeblich darauf an, den Nutzern Arbeit abzunehmen. Daher

gehören zum Dienstleistungsangebot maßgeschneiderte (personalisierte) Zugänge auf Fachinformationen. Das beinhaltet auch die inhaltliche und formale Einbindung in moderne Managementsysteme und den Aufbau entsprechender Hilfsangebote wie z. B. das Wissensmanagement.

---

### *IN DER BEHÖRDENBIBLIOTHEK KOMMT ES MASSGEBLICH DARAUFGAN, DEN NUTZERN ARBEIT ABZUNEHMEN.*

---

Eine andere bewährte Strategie von Verwaltungsbibliotheken ist die strukturelle Öffnung nach außen. Dies belegen gerade zahlreiche Beispiele im kommunalen Raum, z. B. in Wolfsburg und Mülheim, wo die Verwaltungsbibliotheken auch für „normale“ Bürger und Unternehmen geöffnet werden. Aber auch Kooperationen und Verbünde sind wichtige und auch schon geübte Formen einer nachhaltigen Existenzsicherung für Bibliotheken, wie das Beispiel der Humboldt-Universität in Berlin zeigt.<sup>3</sup>

Gerade in Bezug auf die letztgenannten Vorschläge gibt es verständlicherweise zahlreiche Diskurse zum zukünftigen Berufsbild der Bibliothekare, dessen Anforderungen sich in der Tat erheblich wandeln.<sup>4</sup> Dem Thema Wissensmanagement kommt hier eine erhebliche Bedeutung zu.

Erst wenn nachweisbare Kompetenzen erworben und in die alltägliche Arbeit für die Nutzer integriert werden, scheint eine institutionelle Überlebensstrategie durchaus erfolgversprechend zu sein.

Der zunehmende Kostendruck führt in der Realität leider dazu, dass in den Behördenbibliotheken zunehmend qualifizierte Fachkräfte fehlen. Darüber hinaus ist das Gros der Verwaltungsbibliotheken eine One-Person Library (OPL), deren Arbeitsaufkommen allein schon durch die zunehmende Digitalisierung ständig wächst. Beispielhaft sei hier die Verwaltung von Lizenz- und Nutzungsrechten aufgeführt.

Es mag sein, dass in der Praxis ein Beobachter vor Ort vermutet, dass die Bibliotheksnutzung gering ist, weil Besucher fehlen oder das Telefon nicht permanent klingelt. Die MLU-Bibliothek führt monatliche Statistiken zu den Anfragewegen. Wie sich hier Schwerpunkte über mehrere Jahre verändert haben, zeigen die Abbildungen 3 und 4. Die Zahl der Anfragen blieb dabei über die letzten Jahre nahezu konstant.

Mit einer Bibliothek wird immer vorrangig die Ausleihe von Büchern verknüpft. Das rückt in vielen Behördenbibliotheken völlig in den Hintergrund. Aufgabenzuwachs, Personalengpässe und Zeitdruck in den Fachabteilungen haben diesen Wandel beschleunigt. Das Lesen von Fachbüchern lässt sich in den Arbeitsalltag der Beschäftigten kaum noch integrieren. In der Regel fällt diese Lektüre in den privaten Bereich (Urlaub, Wochenende u. ä.). Von der Fachbibliothek wird die schnelle Bereitstellung von Quellen in guter Qualität und möglichst knapper Form verlangt. Diese werden überwiegend per E-Mail gesandt. Und weil dies nicht „sichtbar“ in den Bibliotheksräumen ist, sammelt die MLU-Bibliothek dazu ebenfalls die Daten (vgl. Abb. 5).

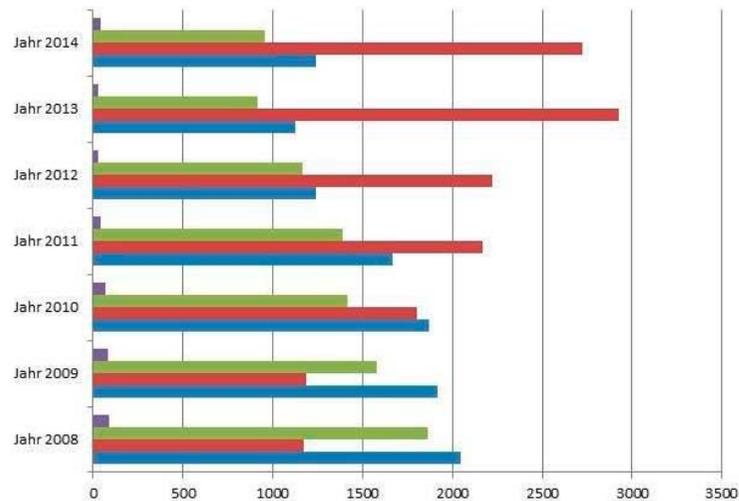


Abb. 3: Schwerpunktentwicklungen von Anfragen

per Post  
telefonisch  
per E-Mail  
persönlich

Quelle: Interne Statistik der MLU-Bibliothek 2008-2014

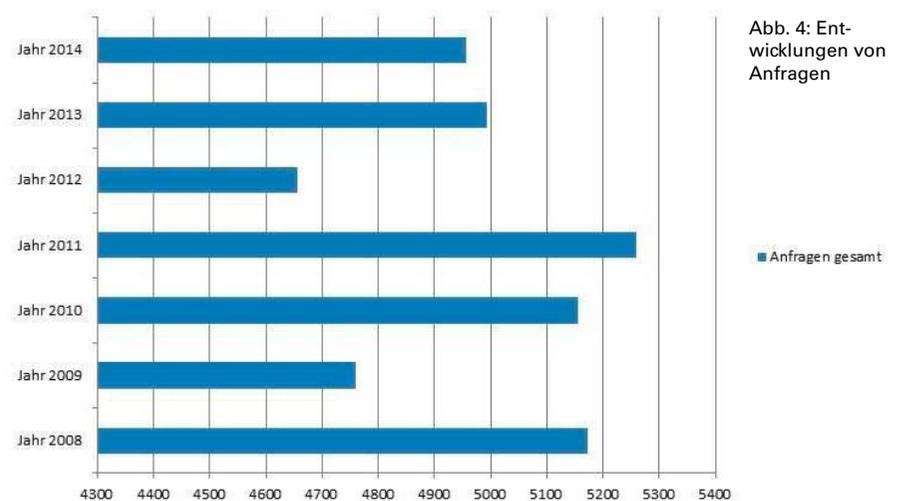


Abb. 4: Entwicklungen von Anfragen

Anfragen gesamt

Quelle: Interne Statistik der MLU-Bibliothek 2008-2014

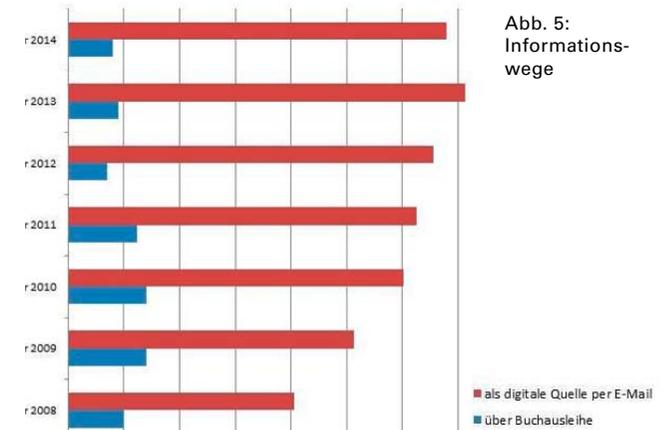


Abb. 5: Informationswege

Quelle: Interne Statistik der MLU-Bibliothek 2008-2014

Ein Blickwechsel von Entscheidungsträgern bei der Suche nach Einsparpotentialen wäre daher vielleicht hilfreich. Denn tatsächlich ist der Wandel von der traditionellen Behördenbibliothek zum „Infobroker“ in vielen Einrichtungen längst vollzogen. Die Kundennähe und Einbindung in die Organisationsstruktur der Häuser macht die Stärke dieses Bibliothekstyps aus. Dar- aus resultiert eine genaue Kenntnis des Informationsbedarfes.

---

*VERWALTUNGEN HABEN FACHKRÄFTE, DEREN METIER ES IST, INFORMATIONEN ZU SAMMELN, ZU STRUKTURIEREN UND DIESE PASSGENAU ZU VERMITTELN.*

---

Bibliothekarische Fachkräfte beobachten berufsbedingt Veränderungen in der Informationslandschaft und adaptieren diese für ihre Tätigkeit. Nicht selten ist das Bibliothekspersonal dabei Vorreiter eines modernen Informationsmanagements in der Behörde. Dieses Pfund darf nicht unterschätzt werden. Verwaltungen haben Fachkräfte, deren Metier es ist, Informationen zu sammeln und zu strukturieren und diese passgenau zu vermitteln. Das Managen von Wissen ist eine originäre Aufgabe von Bibliotheken. Dies wird in der Praxis zu wenig gefordert und gefördert. Dabei verringert die Beschäftigung eines qualifizierten „Wissensarbei-

ters“ den Aufwand an vielen anderen Arbeitsplätzen in der Behörde.

Die Besetzung als OPL und auch der Status des Bibliothekspersonals innerhalb der Organisation erlauben jedoch meistens nicht, überbehördliche Maßnahmen zu initiieren und umzusetzen. Führungskräfte müssen daher die Vernetzung und Kooperation der Behördenbibliotheken fördern, so dass eine abgestimmte Erwerbungspolitik möglich wird und Services arbeitsteilig angeboten werden können. Sie müssen die Rahmenbedingungen für ein gemeinsames Auftreten der vernetzten Bibliotheken bei Vertragsverhandlungen mit Datenbankanbietern und Verlagen schaffen, damit günstigere Konditionen ausgehandelt werden können. Hier bestehen sicherlich noch Einsparpotentiale.

#### 4 ENTWICKLUNG VON EINZELPROJEKTEN

Nach den umfangreichen empirischen Erhebungen und Ergebnissen der Analysephase können naturgemäß nicht alle Projekte gleichzeitig durchgeführt und umgesetzt werden. Eine Priorisierung ist damit nicht nur sinnvoll, sondern dringend erforderlich. Mit den vorliegenden Ergebnissen konnte jedoch eine nachvollziehbare und transparente Priorisierung nach den Kriterien Dringlichkeit und Realisierbarkeit entwickelt werden (Identifikation von wichtigen Handlungsfeldern sowie die Auswahl von relevanten Gestaltungsfeldern und Kernaktivitäten). Das Ergebnis im MLU war eine Auswahl von insgesamt vier relevanten Einzelprojekten:

- Die Erarbeitung transferfähiger Checklisten bei Stellenwechsel im MLU,
- die Handreichung „Wissensmanagement“ für Führungskräfte

- die Umsetzung von Organisations- und Personalmanagement für den Umgang mit Wissen sowie
- den Vorschlag für eine benutzeroptimierte Strukturierung des Extranets bzw. Intranets, mit zahlreichen Bezügen zur Nutzungssteigerung der Bibliothek.

---

*DAS INTRANET/EXTRANET IST EIN „DEMOKRATISCHES“ INSTRUMENT, WISSEN ZU VERBREITEN.*

---

Der letzte Aspekt wertschätzt das Intranet/Extranet als „demokratisches“ Instrument, Wissen zu verbreiten. Über diese Plattform erreichen die Informationen zeitgleich alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (oder Nutzer und Nutzerinnen) an ihrem Arbeitsplatz. Der Kultur des „Herrschaftswissens“ wird entgegen getreten. Eine Schlussfolgerung aus den Untersuchungen ist, häufig gesuchte Informationen an eine prominente Stelle innerhalb des Extranets zu setzen. Das gilt auch für den Direkteinstieg zum Bibliotheksportal. Dies wäre eine Maßnahme, um die Nutzungsintensität des Onlineangebotes der MLU-Bibliothek zu erhöhen.

Gleichzeitig soll die verstärkte Nutzung der Intranet/Extranetseiten für die Bekanntmachung von Informationen zur Entlastung der Postfächer führen. Das hohe Aufkommen an elektronischer Post wurde u. a. bei der Befragung zum Wissensmanagement und bei internen Gefährdungsanalysen im

Rahmen des Gesundheitsmanagements häufig beklagt.

Mit der anschließenden konkreten Umsetzung der vier Einzelprojekte, die als inhaltliche Ergebnisse auch für die spätere Transferbewertung für andere Ressorts angesehen werden können, erfolgte der tatsächliche Aufbau von Instrumenten gemeinsam mit der schon genannten Projektgruppe vor Ort.

## 5 RESÜMEE

Im abschließenden Resümee konnte das Pilotprojekt als Erfolg gewertet werden: Die Transferfähigkeit für andere Ressorts ist in nahezu allen wichtigen Projektschritten sowie der gesamten Vorgehensweise gegeben. Das gilt insbesondere für die ersten drei Schritte und den darin

gen eine neue, gewichtige Rolle spielen und damit einen ganz erheblichen Beitrag zur eigenen Existenzsicherung, aber vor allem auch zu einer deutlich professionalisierten Arbeit leisten können.

## Anmerkungen

<sup>1</sup> Vgl. <http://www.prowis.net/prowis/>

<sup>2</sup> Vgl. <http://www.nuernberg.de/internet/rechtsamt/bibliothek.html>

<sup>3</sup> Vgl. , z. B. [http://hub.ib.hu-berlin.de/Weitblick/v2/98\\_1\\_27.htm](http://hub.ib.hu-berlin.de/Weitblick/v2/98_1_27.htm)

<sup>4</sup> Vgl. z.B. ausführlich dazu <http://www.bideutschland.de/download/file/berufsbild2000.pdf>

## DAS PILOTPROJEKT KONNTE ALS ERFOLG GEWERTET WERDEN.

implementierten „WiMa-Check“, der ja individuell auf die öffentliche Verwaltung angepasst worden war. Dieses Vorgehen hat sich im MLU mit wenigen, kleinen Einschränkungen bewährt. Dieser Erfolg wäre jedoch ohne eine sehr engagiert arbeitende Projektgruppe „Wissensmanagement“ nicht möglich gewesen – zweifelsohne ein zentraler Erfolgsfaktor auch für andere Bereiche und Verwaltungen. Derzeit werden die Ergebnisse der einzelnen Projekte, z. B. die Handreichung für die Führungskräfte oder die Checklisten für die ausscheidenden und neuen Mitarbeiter in den Arbeitsalltag integriert.

Darüber hinaus konnte gezeigt werden, dass im Rahmen von Wissensmanagement die Bibliotheken in den Verwaltun-



**Prof. Dr. Jürgen Stember**

Hochschule Harz,  
Fb Verwaltungswissenschaften  
Domplatz 16, 38820 Halberstadt  
jstember@hs-harz.de



**Annett Fürste**

Referat Aus- und Fortbildung,  
Zentrale Dienste  
Ministerium für Landwirtschaft und  
Umwelt des Landes Sachsen-Anhalt  
Leipziger Straße 58, 39112 Magdeburg  
Annett.Fuerste@mlu.sachsen-anhalt.de

# ELEKTRONISCHES DOKUMENTENMANAGEMENT UND VORGANGSBEARBEITUNG IM LANDTAG VON SACHSEN-ANHALT

Das Informationsdienstleistungsportfolio in Parlamentsverwaltungen umfasst neben klassischen bibliothekarischen Angeboten eine Vielzahl weiterer Dienste, wie etwa die dokumentarische Erschließung und Aufbereitung von Parlamentaria, die interne Schriftgutverwaltung oder Archivdienstleistungen. Die Informationslandschaft im Parlament ist aufgrund unterschiedlicher Akteure und Zielgruppeninteressen stark heterogen geprägt und erstreckt sich über das interne Informations- und Wissensmanagement der Verwaltung, die Informationsdienstleistungen für Abgeordnete und Fraktionen bis zur Informationsbereitstellung für Bürger und externe Einrichtungen. In diesem Beitrag werden am Beispiel des Landtages von Sachsen-Anhalt die Bereiche Dokumentenmanagement

und Vorgangsbearbeitung als Basiskomponenten des behördlichen Wissensmanagements betrachtet.

## ENTWICKLUNG DES DMS-EINSATZES IN DER LANDTAGSVERWALTUNG

Seit dem Jahr 1999 befasst sich die Landtagsverwaltung intensiv mit den Herausforderungen und Möglichkeiten einer zunehmend digital geprägten Umwelt auf die Verwaltungsabläufe. Zunächst wurde ganz pragmatisch nach Werkzeugen gesucht, mit denen sich klassische und in allen Organisationseinheiten auftretende Registraturaufgaben rationalisieren und automatisieren lassen. Der Anspruch war anfangs, ein zentrales elektronisches Aktenverzeichnis zu erstellen, in dem der gesamte, auf Bereichsregistraturen

verteilte Schriftgutbestand des Hauses nachgewiesen und über Metadaten recherchierbar ist. Schnell war eine Software gefunden, die den damals bestehenden standardisierten Anforderungen entsprach und deren Hersteller darüber hinaus auch gleich noch Funktionalitäten der Archivverwaltung mit integrieren zu können glaubte. Die Software wurde beschafft, Mitarbeiter wurden geschult, erste Datensätze wurden erfasst, das verwaltungsweite Software-Rollout wurde geplant, und – um es kurz zu machen – die Einführung verlief im Sande, das System setzte sich nicht durch. Die Ursachen dafür waren vielschichtig und sowohl hausspezifischer als auch methodischer Natur, was dazu führte, dass ab dem Jahr 2006 über eine erfolgversprechende Einführungsstrategie neu nachgedacht wurde und wichtige, unerlässliche Voraussetzungen für eine Neuaufnahme des Vorhabens geschaffen wurden. Zwei entscheidende Maßnahmen waren die Einführung einer Projektorganisation, die der Bedeutung des Vorhabens angemessen als Stabsstelle direkt der Verwaltungsleitung unterstellt wurde und mit den Methoden des Projektmanagements arbeitet, sowie die Entzerrung und teilweise Neudefinition der Vorhabensziele. Insbesondere wurde, angelehnt an die Weiterentwicklung des DOMEA-Konzepts, die e-Akte, also die vollelektronische Aufbewahrung aller Dokumente, als Einführungsziel festgeschrieben, und es wurden Pilotbereiche bestimmt, die aufgrund ihrer Arbeitsweise und Ablagesystematik gut für die Einführung von Dokumentenmanagement-Werkzeugen geeignet waren. Als wichtiger Faktor für jegliche weiteren Digitalisierungsbestrebungen wurde zudem die Reorganisation der konventionellen Registra-



Blick auf das Gebäude und in den Plenarsaal des Landtages von Sachsen-Anhalt (Fotos: Klapper, Magdeburg)

turen identifiziert, ohne die eine Umstellung hin zu einer strukturierten elektronischen Dokumentenverwaltung nicht möglich gewesen wäre. Das umfasste unter anderem die

*ALS WICHTIGER FAKTOR FÜR WEITERE DIGITALISIERUNGSBESTREBUNGEN WURDE DIE REORGANISATION DER KONVENTIONELLEN REGISTRATUREN IDENTIFIZIERT.*

Einführung eines einheitlichen Aktenplans für die Landtagsverwaltung, den Aufbau einer zentralen Altregistratur und die Erfassung sämtlichen vorhandenen Schriftguts in allen Verwaltungseinheiten.

**TEILPROJEKT E-PETITION**

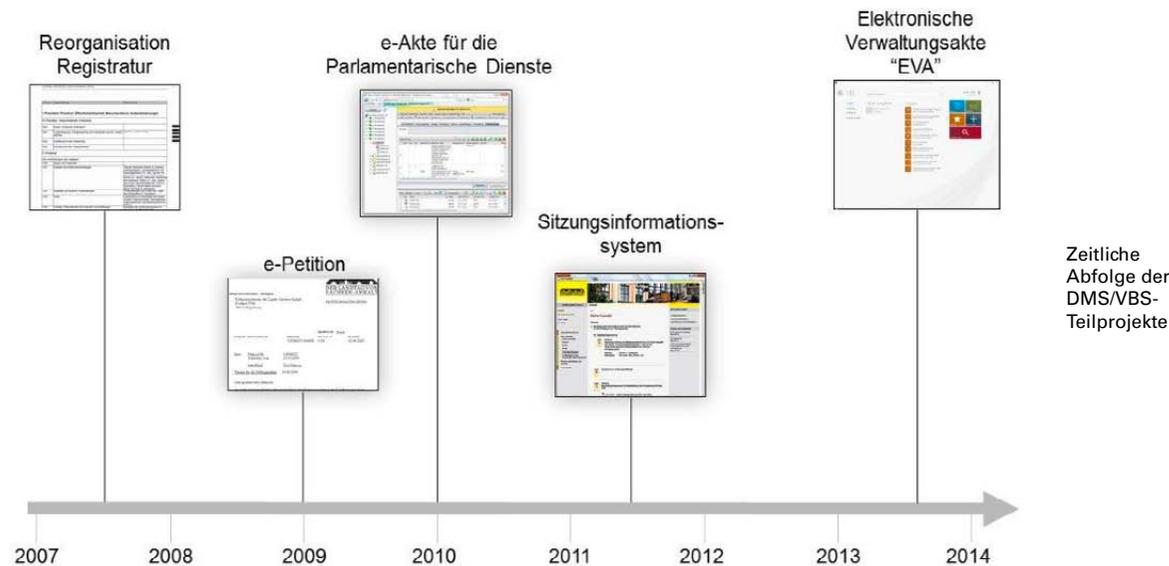
Als erstes Teilprojekt wurde im Jahr 2009 die Geschäftsstelle des Petitionsausschusses des Landtages mit einem speziell auf ihre Bedürfnisse angepassten Dokumentenmanagement- und Vorgangsbearbeitungssystem (DMS/VBS) ausgestattet. Die Petitionsbearbeitung erschien besonders geeignet, weil das Bearbeitungsverfahren bis ins Detail durchstrukturiert ist und feste Formvorschriften für die Aktenführung und die Kommunikation zwischen Geschäftsstelle und Ausschuss bestehen. Zudem konnte eine im schleswig-holsteinischen Landtag bereits eingesetzte ähnliche Lösung auf der gleichen Softwarebasis adaptiert und relativ schnell angepasst werden.

Die Systemeingabe versetzte die Geschäftsstellenmitarbeiterinnen in die Lage, die gesamte Petitionsbearbeitung (Kommunikation mit Petenten und Fachressorts, Behandlung im Ausschuss), die Sitzungsvor- und -nachbereitung (Einladungserstellung, Protokolle) und die zusammenfassende

Berichterstattung des Ausschusses im Landtagsplenum durchgängig elektronisch abzuwickeln. Durch die Integration von automatisierten statistischen Auswertungsfunktionen ins DMS/VBS beziehungsweise in die Schnittstelle zwischen DMS/VBS und Textverarbeitungssoftware konnte die Arbeit der Geschäftsstelle wesentlich erleichtert werden.

**TEILPROJEKT E-AKTE PARLAMENT**

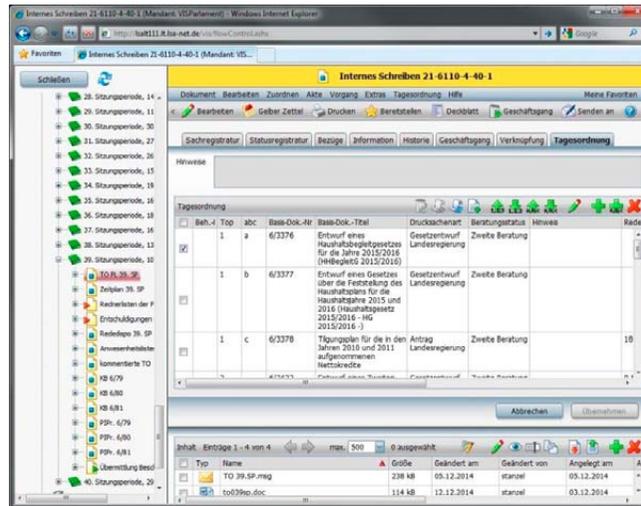
Nach dem Petitionsausschuss folgten die übrigen Parlamentarischen Dienste, also der Plenar- und Ausschussdienst und der Stenografische Dienst, die in enger Zusammenarbeit und mit sich teilweise überlagernden Zuständigkeiten sowohl das Sitzungsgeschehen der Landtagsgremien vor- und nachbereiten als auch die Aktenführung in allen parlamentarischen Angelegenheiten übernehmen. Auch dieser, gegenüber dem Petitionsausschuss wesentlich größere Bereich wurde zunächst einer umfassenden Organisations- und Prozessanalyse unterzogen, welche im Ergebnis eine Rationalisierung der konventionellen Aktenführung und die genaue Verteilung von Zuständigkeiten ermöglichte. Wie bereits beim Petitions-Teilprojekt mussten auch hier funktionelle Erweiterungen im DMS/VBS vorgenommen werden, um den speziellen Bedürfnissen der Parlamentarischen Dienste zu entsprechen. So waren beispielsweise neue Aktentypen anzulegen und neue, an parlamentarischen und dokumentarischen Bedürfnissen ausgerichtete Nummerierungs- und Aktenzeichenbildungsregeln umzusetzen. Seit Ende des Jahres 2010 führen die Parlamentarischen Dienste ihre Akten überwiegend digital, wobei aufgrund bestimmter Schriftformerfordernisse und des Urkundencharakters mancher Schriftstücke in einem hybriden Aktensystem abgelegt werden muss, allerdings ist die e-Akte das Leitmedium und wird vollständig geführt, während der Papierannex nur die erforderlichen Dokumente vorhält. Wie auch im Petitionsausschuss kommt als Basissoftware ein Mandant des DMS/VBS „VISkompakt“ zum Einsatz, der wie erwähnt funktional bedarfsgerecht erweitert wurde.



**TEILPROJEKT SITZUNGSINFORMATIONSSYSTEM**

Aufbauend auf der elektronischen Aktenführung und systematischen Verwaltung aller parlamentarischen Unterlagen wurde in den Jahren 2011-2012 eine neue Präsentationsplattform entwickelt, über die sich die Abgeordneten und Fraktionen des Landtages schnell und komfortabel und – wenn vom Nutzer gewünscht – papierlos mit allen beratungsrelevanten Unterlagen versorgen können. Dieses Sitzungsinformationssystem (SIS) ist aus Nutzersicht ein relativ einfach gestalteter Bereich im Intranet des Landtages, über den alle Tagesordnungen und Einladungen zu den Sitzungen des Plenums und der Ausschüsse abrufbar sind. Der Qualitätszuwachs entsteht für den Nutzer des SIS hauptsächlich aus dem erheblichen Geschwindigkeitsgewinn bei der Informationsbereitstellung, der durch den Wegfall von Zwischenschritten und einer weit gehenden Automatisierung entsteht, sowie aus einer Kontextualisierung der Sitzungsdaten. Vor Einführung des Sitzungsinformationssystems dauerte es mindestens einen Tag, bis der Abgeordnete eine Einladung über sein Postfach im Hause oder in seinem Wahlkreisbüro erhielt. Mit dem SIS kann er auf alle Informationen bereits in dem Moment zugreifen, in dem der zuständige Ausschussassistent die Daten in VISkompakt zum Export ins SIS freigibt. Das gilt natürlich auch für sämtliche nachträglichen Änderungen und aktuellen Hinweise, die für den Nutzer zu jedem beliebigen Zeitpunkt vor und während einer Sitzung über seinen Arbeitsplatz-PC oder ein mobiles Endgerät abrufbar sind.

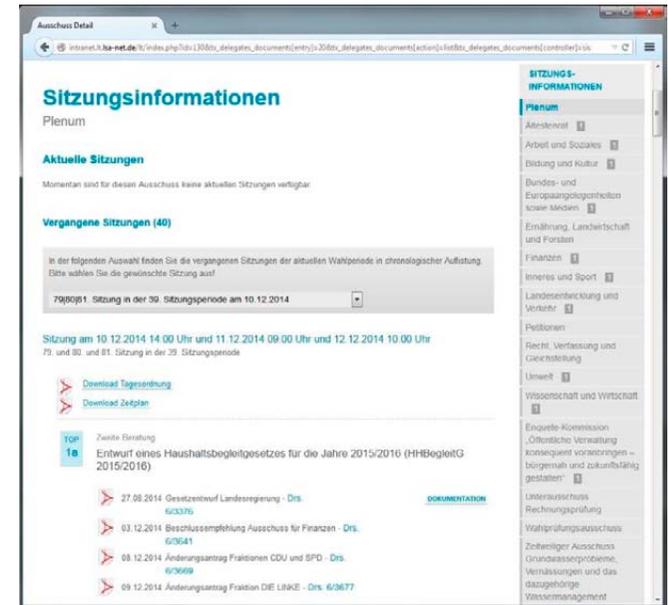
Ausgangspunkt für die Konzeption des SIS war der Gedanke, ein den Abgeordneten vertrautes Arbeitsmittel, nämlich Sitzungseinladungen, in angereicherter elektronischer Form anzubieten. Dafür wurde ein spezielles funktionelles Add-on zu VISkompakt entwickelt, mit welchem sich Tagesordnungen erstellen lassen, indem auf Dateien und Metadaten zugegriffen wird, die bereits im DMS/VBS angelegt sind. Dieses Tagesordnungsmodul erlaubt es den Ausschussassistenten, durch den einfachen Eintrag einer Dokumentennummer in das dafür vorgesehene Feld, ein



Tagesordnungsmodul in VISkompakt

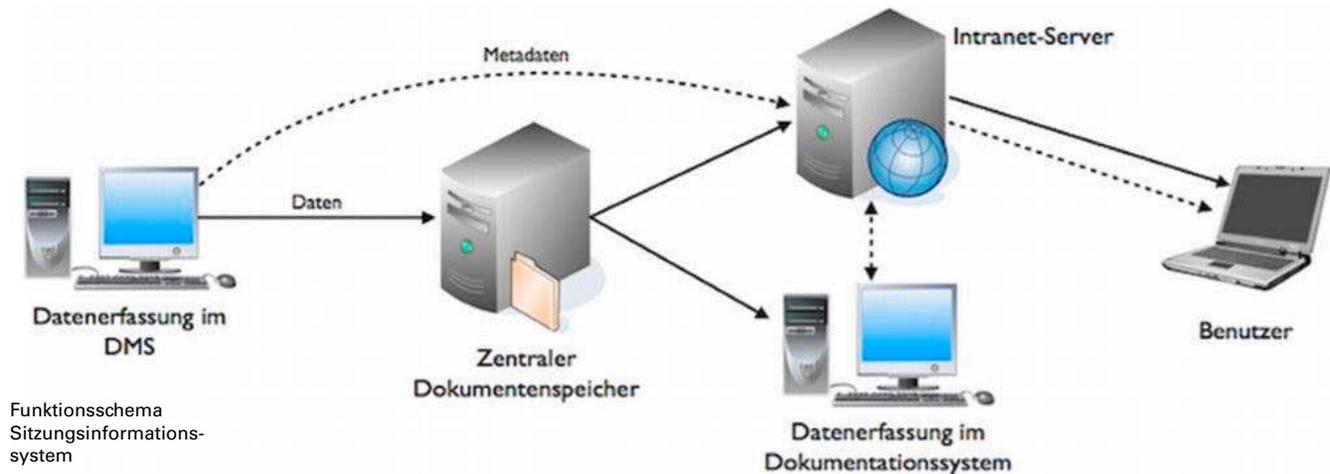
Tagesordnung im Sitzungsinformationssystem

Thema auf eine Tagesordnung zu setzen. Alle weiteren Informationen – dazu gehören neben dem zugrunde liegenden Basisdokument (im parlamentarischen Verfahren z. B. ein Gesetzentwurf oder Antrag) auch alle damit verbundenen Vorlagen, Protokolle und sonstigen Folgedokumente – werden durch das Add-on automatisch aus dem DMS/VBS herausgefiltert und über eine XML-Schnittstelle an das Intranet-CMS und einen zentralen Dokumentenspeicher übergeben. Parallel dazu wird eine konventionelle Tagesordnung als PDF-Dokument erzeugt, die ebenfalls im SIS abrufbar ist und zugleich als Druckvorlage für diejenigen Abgeordneten dient, die weiterhin papierbasiert arbeiten möchten. Die Tagesordnungen können jederzeit nachbearbeitet oder ergänzt und dann erneut exportiert werden – mit einem insoweit stets aktuellen Stand im SIS.

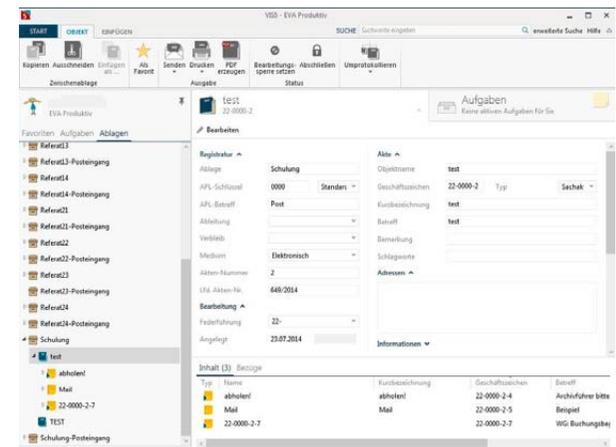


**TEILPROJEKT EVA**

Als letzter Projektbaustein wurde im Jahr 2013 mit dem Rollout des DMS/VBS in alle Organisationseinheiten der Landtagsverwaltung begonnen. Das Teilprojekt erhielt den Namen „Elektronische Verwaltungsakte - EVA“ und hatte die Umstellung der allgemeinen Verwaltung auf elektronische Aktenführung, eingebettet in ein medienbruchfreies elektronisches Prozessmanagement zum Ziel. Im Unterschied zu den Teilprojekten des Petitionsausschusses und der Parlamentarischen Dienste stand von Beginn an neben der Aktenführung auch die Vorgangsbearbeitung im Vordergrund. Ziel war die Umstellung möglichst aller verwaltungsinternen Bearbeitungs-, Kenntnissnahme-, Mitzeichnungs-, Prüfungs- und Genehmigungsverfahren auf ein elektronisches Verfahren. Dieses Ziel konnte zum Jahreswechsel 2013/2014



Funktionsschema Sitzungsinformationssystem



Die Benutzeroberfläche des VIS-Mandanten "EVA"

erreicht werden, und seit Januar 2014 arbeitet die gesamte Landtagsverwaltung überwiegend digital, nur einige Bereiche mit besonders schutzwürdigen Unterlagen (Personalakten, Entschädigungs- und Versorgungsakten der Abgeordneten, Geheimschutzbelange und Teile des Rechnungswesens) mussten vorerst außen vor bleiben.

Das DMS/VBS „VISkompakt“ wird im EVA-Verfahren als Standardinstallation ohne Add-ons eingesetzt und ist an ca. 110 Arbeitsplätzen nutzbar. Das Schriftgut wird über seinen gesamten Lebenszyklus hinweg durchgängig elektronisch bearbeitet und verwaltet. Posteingänge werden zentral digitalisiert und gelangen nur noch in elektronischer Form in den Geschäftsgang, und auch sämtliche dokumentationspflichtigen Kooperationsprozesse im Hause werden mittels EVA abgewickelt.

**SCHLUSSBEMERKUNG**

Es ist eine Binsenweisheit, die aber gar nicht oft genug wiederholt werden kann: Bei der DMS-Einführung handelt es sich nicht um IT-Projekte! Die Unterstützung und Optimierung von Verwaltungsverfahren ist zuerst und vor allem eine Organisati-

onsaufgabe und eine Frage der Kontrolle von Prozessen. Ohne eine intensive (Vor-)Planung, die verbindliche Festschreibung von Regelwerken und präzisen Vorgaben für deren Anwendung können die Voraussetzungen für einen erfolgreichen IT-Einsatz nicht entstehen.

Umfangreiche Vorhaben wie die DMS/VBS-Einführung können zudem ohne ein begleitendes Akzeptanzmanagement auf Anwenderseite selten mit Erfolg durchgeführt werden. Von entscheidender Bedeutung ist die explizite Unterstützung des Vorhabens durch alle Vorgesetzten, eine transparente Projektarbeit, die früh und permanent die betroffenen Mitarbeiterinnen einbezieht, und eine auf den Bedarf jeder Nutzergruppe zugeschnittene Schulungs- und Supportstrategie. Da eine detaillierte Darstellung aller in diesem Zusammenhang im Landtag von Sachsen-Anhalt getroffenen Maßnahmen an dieser Stelle zu weit führen würde, seien hier nur beispielhaft der Einsatz eines Wiki als Nachschlagewerk und Kommunikationsplattform zum DMS/VBS-Einsatz, regelmäßige Informations- und Schulungsveranstaltungen und eine enge Verzahnung zwischen hausinternem Anwendersupport und technischem Support durch den Softwareanbieter erwähnt.



**Peter Fauck**  
Archivar  
Landtag von Sachsen-Anhalt  
Magdeburg

# UMBAU DER BIBLIOTHEK DES BAYERISCHEN LANDTAGS 2013/2014



„Wiedereröffnung der Landtagsbibliothek am 6. Februar 2014 durch Landtagspräsidentin Barbara Stamm: Mitglieder des Präsidiums, Architekten und Bibliotheksleitung freuen sich über den gelungenen Umbau. Von links nach rechts: Präsidentin Barbara Stamm, Bauamtschef Reinhold Pfeufer, Architektin Tina Frank (Büro frank&friker), Bibliotheksleiter Dr. Markus Nadler, Vizepräsident Reinhold Bocklet, MdL Peter Paul Gantzer und MdL Reserl Sem. (Foto: Rolf Poss | © Bildarchiv des Bayerischen Landtags)

## **EINLEITUNG: HISTORISCHE ENTWICKLUNG DER LANDTAGSBIBLIOTHEK**

Der Bayerische Landtag darf sich wohl mit Recht zu den ältesten Parlamenten in Europa zählen: Seine Tradition reicht bis weit ins Mittelalter zurück, als bereits die Stände zu sogenannten „Landtagen“ zusammen kamen. Im Zuge der Montgelas'schen Reformen wurden die Landstände im Königreich Bayern zwar 1808 aufgehoben, aber mit der Verfassung von 1818 wieder ein neuer Landtag mit zwei Kammern ins

---

*DER BAYERISCHE LANDTAG DARF SICH ZU DEN ÄLTESTEN PARLAMENTEN IN EUROPA ZÄHLEN.*

---

Leben gerufen. Bereits 1819 im ersten Jahr des Zusammentritts kam es auch zur Einrichtung einer Landtagsbibliothek. Sie teilte fortan die wechselvolle Geschichte des bayerischen Parlaments: Nach zunächst 100 Jahren konstitutioneller Monarchie folgte die Revolution von 1918/1919, dann die demokratischen Weimarer Jahre und schließlich die Aufhebung des Landtags in der Zeit des Nationalsozialismus 1933/34. Das Landtagsgebäude in der Münchner Prannerstraße war damit seines Zweckes beraubt und auch die Landtagsbibliothek durfte dort nicht

bleiben, sondern wurde in die Bayerische Staatsbibliothek transferiert. Das nach dem Krieg neu entstandene bayerische Parlament musste zunächst von 1946 bis 1948 an wechselnden Orten in München tagen, bevor der Landtag im Januar 1949 seinen dauerhaften Sitz im Maximilianeum fand. Dort ist seither auch die Landtagsbibliothek untergebracht. Vom Vorkriegsbestand von rund 130.000 Bänden war jedoch aufgrund von Kriegsverlusten nur mehr ein Bruchteil vorhanden und der damalige Umfang wurde auch später nie mehr erreicht. Die Landtagsbibliothek umfasst heute weniger als 60.000 Bände.

Das Maximilianeum war nach dem Krieg unter anderem deshalb als neuer Sitz des Landtags gewählt worden, weil es als eines der wenigen größeren Gebäude Münchens nicht ganz so stark zerstört war. Die Beseitigung der durchaus vorhandenen Kriegsschäden wäre dem Eigentümer, der Stiftung Maximilianeum sicher sehr schwer gefallen, da ihr Stiftungskapital durch Kriegs- und Inflationswirren nahezu wertlos

geworden war. Der Freistaat Bayern setzte also das Maximilianeum für den Landtag wieder instand und nahm die für den Parlamentsbetrieb notwendigen Umbaumaßnahmen vor. In den 1950er und 1960er sowie in den 1990er Jahren folgten Neubauten auf dem von einer Mauer umgebenen kreisrunden Grundstück. Die letzte Ergänzung stellt der Erweiterungsbau im Nordhof dar, der im Jahr 2012 fertiggestellt wurde. Die Bibliothek verblieb fast durchgehend im Altbau des Maximilianeums und zwar im Untergeschoss des Südflügels. Nur einmal musste sie für einige Zeit ausgelagert werden, als 1984/85 umgebaut wurde. Die Landtagsbibliothek fand für die Umbauzeit im Rückgebäude der Ismaninger Straße 3, etwa 5-10 Gehminuten vom Maximilianeum entfernt, ein Ausweichquartier<sup>1</sup>. Die 1985 erfolgte Neueinrichtung der Bibliothek im Maximilianeum hatte – abgesehen von einer zwischenzeitlich erneuerten Info-Theke – bis zum Sommer 2013 Bestand.

Der Hauptraum der Landtagsbibliothek bestand in einem

insgesamt ca. 350 Quadratmeter großen und in einer Halbrunde an der nördlichen Stirnseite abschließenden Raum. Dieser diente sowohl als Lesesaal der Bibliothek – mit Zentraler Informationsstelle – als auch als Magazinbereich für eine Kompaktanlage des Archivs. Außerdem waren 7 Büros und ein kleiner Vorraum als Zugang zum Archivbereich durch Trennwände in den Raum eingebaut. Diese räumliche Untergliederung bildete die organisatorische Trennung von Bibliothek und Archiv ab, die jedoch durch die Vereinigung der beiden Referate im Jahr 2004 obsolet wurde.

---

*ZUNÄCHST WURDE EINE UMFRAGE ZUR BIBLIOTHEKSNUTZUNG GESTARTET, UM GEZIELT ANREGUNGEN AUFNEHMEN ZU KÖNNEN.*

---



Infotheke der Landtagsbibliothek bis 2013.  
© Bildarchiv des Bayerischen Landtags)



Regale in der Landtagsbibliothek vor dem Umbau.  
© Bildarchiv des Bayerischen Landtags)

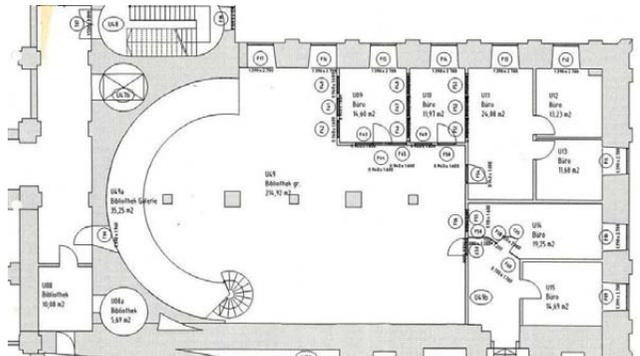
Das Erscheinungsbild, die funktionale Anordnung und die technische Ausstattung bedurften zu Beginn des zweiten Jahrzehnts des neuen Jahrtausends dringend einer Modernisierung. Im Jahr 2011 wurde zunächst eine Umfrage zur Bibliotheksnutzung gestartet, um für eine angestrebte Renovierung gezielt Anregungen aufnehmen zu können. Als Beginn für die Maßnahme wurde schließlich die Sommerpause 2013 ausgewählt, da so mit dem Ende der 16. Legislaturperiode eine längere sitzungsfreie Zeit als Bauzeit genutzt werden konnte.

Folgende Ziele wurden für den Umbau definiert: Der gesamte Raum sollte künftig als Lese- und Arbeitssaal frei und auch barrierefrei zugänglich sein. Vorhandene Trennwände sollten entfernt und die Büros so angeordnet werden, dass kurze, übersichtliche Laufwege entstehen und mehr Tageslicht in den Lesesaal gelangt. Dadurch sollte ein offener und ansprechender Raumeindruck hergestellt werden, der zusammen mit einer neuen Klimatisierung für eine positive

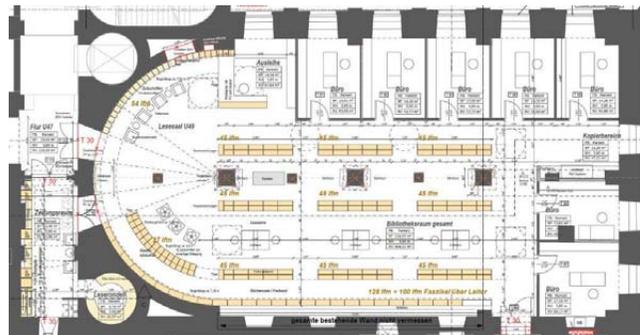
Arbeitsatmosphäre sorgt. Moderne Kommunikationstechnik sollte das Medienangebot erweitern, um möglichst optimale Arbeitsbedingungen für die Bibliotheksbenutzer bieten zu können.

### AUFGABEN UND BESTAND DER LANDTAGSBIBLIOTHEK

Zentrale Aufgabe der Landtagsbibliothek ist die Informationsversorgung der Abgeordneten und ihrer Mitarbeiter, der Fraktionsgeschäftsstellen sowie des Landtagsamtes.



Plan der Räumlichkeiten der Landtagsbibliothek bis 2013. (© Bildarchiv des Bayerischen Landtags)



Plan der Landtagsbibliothek nach dem Umbau“ (© Büro frank&friker)

Schwerpunkte des Medienangebotes in gedruckter und elektronischer Form sind Publikationen der Rechts- und Politikwissenschaften, Literatur zu aktuellen politischen, insbesondere für Bayern relevante Themen sowie allgemeine Nachschlagewerke. Datenbanken werden teils im Intranet teils im Lesesaal angeboten.

*DIE BIBLIOTHEK UMFASST KNAPP 60.000 BÄNDE UND HÄLT CA. 350 LAUFENDE ZEITSCHRIFTEN VOR.*

Die Bibliothek umfasst knapp 60.000 Bände und hält ca. 350 laufende Zeitschriften vor. Sie stellt in ihrem Lesesaal die wichtigsten deutschsprachigen Tageszeitungen und einen großen Teil der bayerischen Regionalzeitungen (rund 200 Abonnements) zur Verfügung. Bücher wie Zeit-

schriften können sowohl aus der systematisch aufgestellten Freihandbibliothek (ca. 6500 Bände) als auch aus den Magazinen für 4 Wochen ausgeliehen werden. Die Zeitungen der letzten Wochen werden in einem Nebenraum vorgehalten.

### DIE SITUATION VOR DEM UMBAU 2013 – REALISIERTE VERBESSERUNGEN

Besucher betraten vor dem Umbau die Bibliothek unter einer schmalen Galerie. Über den Bereich der Zeitschriften und Leseplätze gelangte man zur Theke die sich gegenüber der Freihandbibliothek befand. Hinter den Bibliotheksregalen war im Lesesaal die bereits erwähnte Rollregalanlage mit Archivfunktion eingebaut. Aufgrund verschiedener Umbauten befand sich im südlichen Bereich des Raumes ein separates Flursystem von dem aus weitere Büroräume der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erreichbar waren.

Durch den Einbau einer Fußbodenheizung, einer partiellen Kühldecke sowie einer an den Bedarf ausgerichteten Zu- und Abluft im Deckenbereich reduzierte sich die Raumhöhe, so dass auf die bis zum Umbau vorhandene kleine



Die neue Bibliotheksausleihe und Zentrale Informationsstelle des Landtags. (Foto: Rolf Poss | © Bildarchiv des Bayerischen Landtags)



Arbeitsplätze in der neuen Landtagsbibliothek. (Foto: Rolf Poss | © Bildarchiv des Bayerischen Landtags)



Der Eingangsbereich der neu gestalteten Landtagsbibliothek. (Foto: Rolf Poss | © Bildarchiv des Bayerischen Landtags)

Galerie in der Halbrunde mit Freihandregalen und vier Arbeitsplätzen verzichtet werden musste. Ersatz für die entfallenden Regalflächen wurde durch ein an der gesamten Halbrunde umlaufendes ca. drei Meter hohes Regal geschaffen, das sich entlang der westlichen Wand bis zur Infotheke fortsetzt. Die Bücherregale im Raum wurden um 90° gedreht und schließen sich so parallel an die neue Sichtachse Eingangstüre-Fenster an. Durch diese Anordnung gelang eine Zonierung in unterschiedliche Bereiche, etwa die Arbeitszone mit sechs Arbeitsplätze Die Abstände zwischen den Regalen und den Arbeitsplätzen wurden so bemessen, dass Rollstuhlfahrer sich dort barrierefrei bewegen können.

---

*ES GELANG EINE ZONIERUNG IN  
UNTERSCHIEDLICHE BEREICHE.*

---

**- Bibliotheksausleihe und Zentrale Informationsstelle**

Die Bibliotheksausleihe und Benutzerberatung erfüllt wie schon vor dem Umbau gleichzeitig die Funktion einer Zentralen Informationsstelle für Anfragen aus dem Haus sowie von Bürgerinnen und Bürgern. An der neuen Theke ist ein ständiger Arbeitsplatz für die Bibliotheksmitarbeiter an einem Fenster an zentraler Stelle platziert. Für Benutzergespräche ist dort nun sowohl ein Stehpult an der Infotheke vorhanden, als auch eine Sitzgelegenheit, die auch für Rollstuhlfahrer angepasst wurde.

---

*DER ZUGANG ZU DEN TAGESZEITUN-  
GEN AUCH AM ABEND WAR EIN INS-  
BESONDERE VON DEN ABGEORDNE-  
TEN GEÄUSSERTER WUNSCH.*

---

**- Neuer Zeitungslesebereich – rund um die Uhr zugänglich**

Durch die Verlegung des Bibliothekseingangs konnte der bisherige Zeitungsbereich im Nebenraum vergrößert und durch eine neue Ausstattung und Beleuchtung deutlich aufgewertet werden. Dieser Bereich mit einem kleinen neu geschaffenen Leserondell bietet nun auch außerhalb der Bibliotheksöffnungszeiten eine Möglichkeit, sich in angenehmer Atmosphäre mit Informationen aus der Tagespresse zu versorgen. Der Zugang zu den Tageszeitungen auch am Abend war ein insbesondere von Abgeordneten in der Benutzerumfrage der Bibliothek im Jahr 2011 geäußert Wunsch.

**- Freihandbibliothek – mehr Raum und bessere Benutzungsbedingungen**

Durch den Verzicht auf die Archiv-Rollregalanlage konnte der Bereich der Freihandbibliothek deutlich erweitert werden. Der Archivbestand wurde an anderer Stelle untergebracht, unter anderem im oberen Bereich der Wandregale. Diese sind nur den Mitarbeitern zugänglich. Den Zugriff ermöglicht eine fahrbare und mit Geländer gesicherte Treppe. Neben zusätzlichen Bücherregalen konnte der so gewonnene Raum auch für Arbeitsplätze genutzt werden. Diese waren zuvor im Zeitungs- und Zeitschriftenbereich in der Halbrunde beim Eingang untergebracht. Die Eingangssituation konnte dadurch aufgelockert und offener gestaltet werden.

*IM BIBLIOTHEKSSAAL IST FÜR DIE ZEITUNGS- UND ZEITSCHRIFTENLESER EIN EIGENER BEREICH GESCHAFFEN WORDEN.*

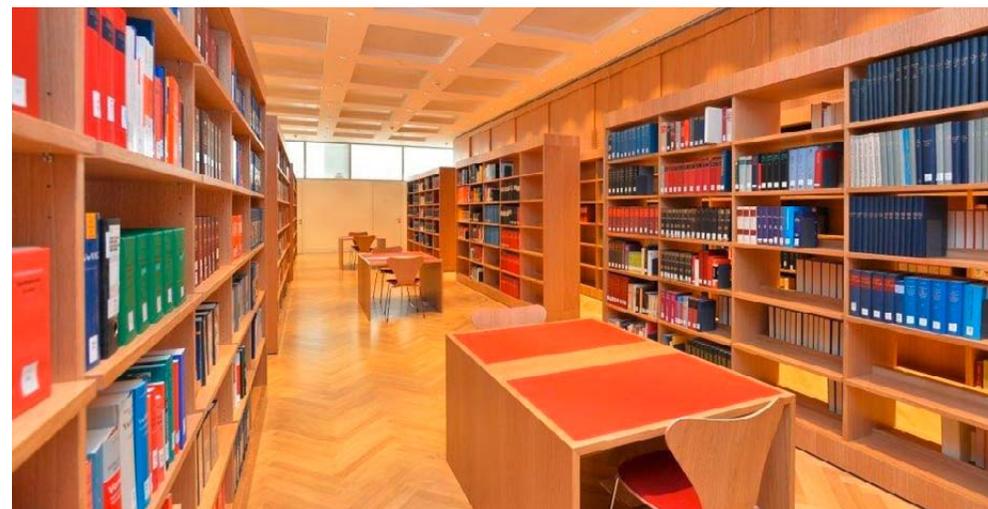
An der Wand der Halbrunde befinden sich wie schon vor der Renovierung die Zeitschriften in eingebauten Regalen. Zu den Öffnungszeiten der Bibliothek stehen davor die Zeitungsstände mit der tagesaktuellen Presse bereit. Während des Plenums werden diese im Lesesaal im 2. Obergeschoss, direkt neben dem Plenarsaal zur Verfügung gestellt.

Im Bibliothekslesesaal ist für die Zeitungs- und Zeitschriftenleser ein eigener Bereich geschaffen worden, der mit drei bequemeren Sitzmöbeln mehr Lesekomfort bietet. Ein 39 Zoll großer Monitor bietet dort im zentralen Eingangsbereich nun aktuelle Informationen aus dem Internet-Angebot des Landtags. An Plenartagen wird hier via Web-TV und Plenum-Online das Geschehen im Plenum live gezeigt.

Im Lesesaal wurden außer einem Benutzer-Laptop keine klassischen PC-Arbeitsplätze mehr eingerichtet, da die Nutzer erfahrungsgemäß zunehmend ihre eigenen Geräte mitbringen. Über WLAN können sie sich drahtlos ins Internet bzw. Intranet einwählen. Vor allem für E-Paper-Ausgaben von Zeitungen stehen außerdem zwei Tablets für die Bibliotheksbenutzer zur Ausleihe zur Verfügung.



Zeitschriftenlesebereich mit bequemen Sitzmöbeln. (Foto: Rolf Poss | © Bildarchiv des Bayerischen Landtags)



Regale und Arbeitsplätze in der Bibliothek. Im Hintergrund Büros der Bibliotheksmitarbeiter. (Foto: Rolf Poss | © Bildarchiv des Bayerischen Landtags)

## - Büroräume

Nach der Umstrukturierung erhielten die sieben in den Hauptraum der Bibliothek integrierten Büros einen neuen Zuschnitt. Sie wurden in gleicher Zahl in Trockenbauweise neu aufgebaut. Die Räume sind jetzt alle in etwa gleich groß und nun auch direkt von der Bibliothek aus zugänglich, weitere Erschließungsflure konnten entfallen. Der Freihandbereich der Bibliothek gewann somit zusätzlich nutzbare Fläche. Durch großzügige Oberlichtbänder wird der Bibliotheksraum über die Fenster der Büros mit Tageslicht versorgt, so dass ein Bezug zum Außenraum hergestellt wurde.

## BAUAUSFÜHRUNGSKONZEPT: MATERIALIEN, BARRIERE-FREIHEIT, BAUZEIT

Im Zuge der Planung wurde ein sogenanntes „Auditverfahren“ zusammen mit dem Audit-Beauftragten des Staatlichen Bauamtes München 2 sowie der Sprecherin der Beratungsstelle für barrierefreies Bauen der Architektenkammer Bayern durchgeführt. Die Ergebnisse wurden beim Umbau berücksichtigt. Ein barrierefreier Zugang zur Bibliothek von der Aufzuggruppe im Untergeschoss ist ebenfalls bereits geplant und wird demnächst realisiert. Im Zuge der Baumaßnahme wurden auch eine Schadstoffsanierung und die nötigen Brandschutzertüchtigungen vorgenommen. Sehr aufwändig war die Ertüchtigung der Haustechnik für Klimatisierung, Lüftung und Heizung.

Analog zu allen größeren Räumlichkeiten im Altbau wurde auch im neuen Lesesaal der Bibliothek Eichenparkett verlegt. Die den Raum prägenden Bibliotheksregale und die Emp-

fangstheke wurden ebenfalls mit echtholzfurnierten Blendrahmen in Eiche ausgeführt. Die neuen Büroräume sowie die Untersicht der Decke wurden in Trockenbauweise vorgenommen. Die weiße Decke erhielt eine regelmäßige Kassettenierung, um die technischen Einbauten optisch in den Hintergrund zu stellen. Die Beleuchtung erfolgt durch Downlights, die mit energiesparenden LED-Leuchtmitteln ausgestattet werden. Einzelne Bereiche wie die Zeitungsecke oder die Arbeitsplätze wurden mit Steh- bzw. Arbeitsplatzleuchten ausgestattet. Farbige Akzente in „Maximilianeumsrot“ wurden durch die lose Möblierung geschaffen.

Die umfangreichen Baumaßnahmen begannen mit dem Ausräumen der Bibliothek unmittelbar nach dem letzten Plenartag vor der Sommerpause am 18. Juli 2013. Die veranschlagte Bauzeit von sechs Monaten konnte trotz sehr engen Zeitplans und nicht ganz ausgebliebener Unwägbarkeiten letztlich eingehalten werden. Die Fertigstellung und Wiedereröffnung der Landtagsbibliothek in den neu gestalteten Räumen erfolgte Mitte Januar 2014. Die feierliche Eröffnung konnte am 6. Februar 2014 durch Landtagspräsidentin Barbara Stamm vorgenommen werden<sup>2</sup>.

## Literatur:

- Leonhard Lenk, Die Bibliothek des Bayerischen Landtags, in: Bibliotheksforum Bayern 21 (1993), S. 121-127
- <https://www.bayern.landtag.de/info-service/landtag-samt/bibliothek/>

## Anmerkungen

<sup>1</sup> Die Bibliotheksmitarbeiter hatten ihre Arbeitsplätze teilweise noch bis in die 1990er Jahre in der Ismaninger Straße. Vgl. Leonhard Lenk, Die Bibliothek des Bayerischen Landtags, in: Bibliotheksforum Bayern 21 (1993), S. 124.

<sup>2</sup> Nachzulesen auf der Internetseite des Bayerischen Landtags: „Verbesserte Arbeitsbedingungen in der neuen Landtagsbibliothek“ <https://www.bayern.landtag.de/aktuelles/panorama/blick-hinter-die-kulissen/verbesserte-arbeitsbedingungen-in-der-neuen-landtagsbibliothek/>.



**Dr. Markus Nadler**  
Bibliotheksdirektor  
Bayerischer Landtag, München

# KOLLABORATION IN DEN SPEZIALBIBLIOTHEKEN DER BUNDESWEHR

Seit 2014 nutzt das Fachinformationszentrum der Bundeswehr (FIZBw) den „Wiki-Service Bw“ als Plattform für ein internes Wiki für den Verbund der Spezialbibliotheken der Bundeswehr, der sogenannten Fachinformationsunterstützung der Bundeswehr (FachInfoUstgBw).

---

*DER „WIKI-SERVICE-BW“ WURDE BEREITS ALS GESCHÄTZTES UND ANERKANNTES WERKZEUG ZUM INFORMATIONS- UND WISSENSAUSTAUSCH GENUTZT.*

---

Der „Wiki-Service Bw“ ist 2009 zunächst als sogenanntes Concept Development & Experimentation Vorhaben<sup>I</sup> (CD&E) gestartet worden. Es sollte in dieser projektähnlichen Testsituation<sup>II</sup> ermittelt werden, ob sich das Wiki-Prinzip als ein Teil des Wissensmanagements der Bundeswehr etablieren lässt und entsprechende Vorteile gegenüber bisherigen Lösungen bringt. Als der „Wiki-Service Bw“ schließlich 2013 von der Erprobungsphase in den Regelbetrieb überging, wurde er von vielen Dienststellen und Bundeswehrangehörigen bereits als geschätztes und anerkanntes Werkzeug zum Informations- und Wissensaustausch genutzt. Mit der Übernahme in den regulären Betrieb erfolgte die Migration auf eine neue

technische Plattform. Von diesem Zeitpunkt an war außerdem ein Bearbeiten der Inhalte über einen WYSIWYG-Editor möglich. Dadurch wurde eine erkannte Schwäche des zuvor genutzten MediaWiki-Systems im Sinne der Nutzeranforderungen verbessert.

Mit der nun einfach zu bedienenden Wiki-Plattform sollte das von der FachInfoUstgBw zuvor genutzte proprietäre redaktionelle Content Management System zur internen Information abgelöst werden. Die begrenzten Optionen der mit dem Modul aDIS-Wissen gestalteten Intranet-Homepage brachten viele Nachteile, bspw. ließen sich systembedingt viele gewünschte Funktionen (v. a. Foren zur Diskussion von Fachthemen) nicht abbilden, die Suchfunktion wurde als unzureichend empfunden, organisatorische Abfragen mussten zudem per E-Mail verschickt und arbeitsaufwendig verwaltet werden.

Mitte 2013 wurde aufgrund der besseren Nutzbarkeit und im Sinne einer einfacheren Zusammenarbeit damit begonnen, die Plattform „Wiki FachInfoUstgBw“ im „Wiki-Service Bw“ zu Versuchszwecken aufzubauen und die Nutzung intern mit einem kleinen Team des FIZBw zu testen. Die ersten Ergebnisse waren vielversprechend. Daraufhin wurde das Testteam um Kolleginnen und Kollegen aus drei Bibliotheken der FachInfoUstgBw erweitert. Unterstützt wurde das Vorhaben von Anfang an durch das im FIZBw beheimatete Wiki-Administratoren-Team<sup>III</sup>, das bei Fragen und Problemen half, rasch und unkompliziert Lösungen zu finden.

Im Herbst 2013 fiel die Entscheidung, die proprietäre Lösung durch einen eigenen Wiki-Bereich im „Wiki-Service Bw“ ab den 01.01.2014 vollständig abzulösen. Trotz

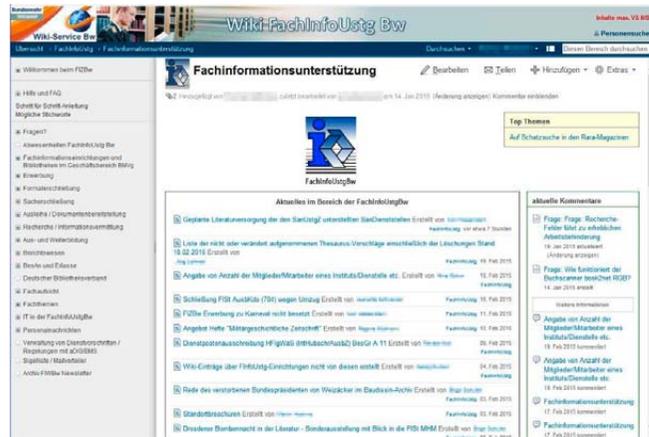
---

*TROTZ ANFÄNGLICHER SKEPSIS HAT SICH DIE NEUE PLATTFORM SCHNELL ETABLIERT.*

---

anfänglicher Skepsis und administrativer Aufwände hat sich die neue Plattform schnell als kollaborativ genutztes und geschätztes Informations- und Kommunikationsportal etabliert. Das „Wiki FachInfoUstgBw“ ist als separater Bereich im „Wiki-Service Bw“ angelegt und nur für Angehörige der FachInfoUstgBw einsehbar. Diese Sicherheit war für die ersten Schritte in der neuen Umgebung sehr wichtig und führte nach kurzer Zeit zu einer hohen Akzeptanz. Neue Mitglieder werden administrativ durch das FIZBw mit den entsprechenden Rechten freigeschaltet. Um den Einstieg für die Angehörigen der FachInfoUstgBw so einfach wie möglich zu gestalten und Informationsverluste zu vermeiden, sind die Inhalte von der proprietären Plattform weitestgehend vollständig händisch übernommen worden. Jedoch wurden sie neu strukturiert und thematisch im Wesentlichen am bibliothekarisch-dokumentarischen Geschäftsgang ausgerichtet. Somit wurde den Nutzern eine schnelle und leichte Orientierung in der neuen Umgebung ermöglicht.

Im ersten Jahr wurden viele der neuen Möglichkeiten im Vergleich zur alten Homepage getestet und die Selbstständigkeit zur Mitarbeit jedes Einzelnen weiter gefördert und gefordert.



Einstiegsseite des „Wiki FachInfoUstgBw“

Das „Wiki FachInfoUstgBw“ übernimmt zum einen die Aufgaben eines Handbuches und Nachschlagewerkes. Wichtige Richtlinien, Weisungen und Erlasse, Tipps & Tricks u. v. m. werden vorgehalten und laufend aktualisiert. Durch die hierarchische Strukturierung der Inhalte, interne und externe Verlinkungen sowie eine komfortable Suchfunktion werden Informationen rasch und unkompliziert aufgefunden.

Zum anderen wird das Wiki als Forum genutzt. Jeder angemeldete Nutzer dieses Bereiches kann aktiv Fragen stellen oder mit seinem Wissen auf bestehende Anfragen reagieren. Innerhalb kurzer Zeit hat sich ein reger Austausch zu Problemen und Anregungen mit vielen Hinweisen und Empfehlungen für alle Bereiche der bibliothekarischen Arbeit entwickelt. Spezielle Themenforen wurden ins Leben gerufen, z. B. für Fragen zur Betriebsstatistik, zum Umgang

mit dem Bibliothekssystem aDIS/BMS oder zur Nachlese des Bibliothekartages, in denen kommentiert und diskutiert wird. Auch die rasche Informationsweitergabe über Ausfälle und Wiedererreichbarkeit von durch das FIZBw betreuten Servern, Schließungszeiten und Nichterreichbarkeit einzelner Fachinformationseinrichtungen (FIEInr) usw. in Form von „News“ auf der Startseite findet großen Anklang.

Informationen und Meldungen werden heute zentral im „Wiki FachInfoUstgBw“ zeitnah zur Verfügung gestellt. Auf zusätzliche Informationsmails wird verzichtet, sodass das E-Mail-Aufkommen erheblich verringert werden konnte.

Durch plattformeigene Mittel (z. B. automatische Benachrichtigungen, RSS-Feeds) kann jeder Nutzer komfortabel sich über neue Seiten, Kommentare, Meldungen und Änderungen informieren. Anders als vorher erfolgt dies nun allerdings in Eigenverantwortung. An die Stelle des Push-Prinzips ist insofern das Pull-Prinzip getreten.

Auch größere und kleinere Projekte und Vorhaben werden über diese Plattform organisiert und dokumentiert. So wurde im Jahr 2014 erstmalig die Jahrestagung der FachInfoUstgBw mit Hilfe des Wikis geplant und organisiert. Alle Informationen und Zwischenstände wurden an dieser Stelle



So werden Raumbelegungspläne u. ä. für das FIZBw zentral über das Wiki verwaltet

erstellt, bearbeitet, nachhaltig dokumentiert und bereitgestellt. Eine Verringerung des Arbeitsaufwandes entstand bspw. dadurch, dass das Versenden von E-Mails mit organisatorischen Inhalte und Abfragen an die rund 60 Institutionen entfiel. Dieses Verfahren hat sich aus Sicht des Organisationsteams des FIZBw bewährt. Daher wird auch die nächste Jahrestagung erneut über das „Wiki FachInfoUstgBw“ organisiert werden. Daneben werden auch kleinere Projekte mit Hilfe dieser Plattform umgesetzt, bspw. die Erhebung der noch nicht retrokatalogisierten Altbestände in den Bundeswehrbibliotheken u. v. m.

## AUCH KLEINERE PROJEKTE WERDEN MIT HILFE DIESER PLATTFORM UMGESETZT.

Für das FIZBw als Dienststelle mit ca. 55 Mitarbeitern wurde zudem ein organisatorischer Abschnitt innerhalb des „Wiki FachInfoUstgBw“ eingerichtet, in dem die täglichen Routineaufgaben auf Geschäftszimmerebene koordiniert werden, so bspw. das virtuelle Führen von Belegungsplänen für die Nutzung des Dienstwagens oder der Besprechungsräume.

Aus heutiger Sicht hat sich innerhalb eines Jahres die Nutzung des Wikis durchgesetzt. Es fand langsam aber stetig ein Umdenken in der FachInfoUstgBw statt – von der durch ein kleines Autorenteam des FIZBw rein redaktionell geführten Plattform zu einem offenen kollaborativen Informationsaustausch. Die Nutzung der Funktionen des Forums ist heute genauso selbstverständlich wie die Nutzung des Like-Buttons.

### Anmerkungen

<sup>1</sup> Unter einem CD&E Vorhaben versteht man „eine Methode, die in einem iterativen Prozess von wechselseitiger Konzeptentwicklung und experimenteller Überprüfung innovative Ideen (...) untersucht“. Damit soll das Innovationspotenzial einer neuen Idee früh erkannt und gleichzeitig seine Relevanz für die Bundeswehr sowie deren Realisierbarkeit und Wirksamkeit überprüft werden. (vgl. Konzeption der Bundeswehr vom 01.07.2013, S. 63, URL: <http://www.bundeswehr.de/resource/resource/MzEzNTM4MmUzMzMyMmUzMTM1MzMyZTM2MzIzMDMwMzAzMDMwMzAzMDY4Njk3OTY0MzU3Nzc3MzUyMDIwMjAyMDIw/130701%20-%20Konzeption%20der%20Bundeswehr.pdf>, abgerufen am: 02.03.2015)

<sup>2</sup> Die gesammelten Erfahrungen bei der Einführung eines Wikis in eine große Organisation wurden 2014 in einem Sammelband veröffentlicht: Leinhos, Sebastian (Hrsg.): Wiki Service Bw : das Buch ; Fakten, Hintergründe, Berichte, Erinnerungen. – Bonn : BAIUDBw DL I 4, 2014.

<sup>3</sup> Die Wiki-Administratoren sind für den Second Level Support des „Wiki-Service Bw“ bei anwendungsorientierten technisch-methodischen Fragen zuständig. Zu ihren Aufgaben zählen u.a. die Hilfestellung bei der Bedienung des Services, die Unterstützung bei der Weiterentwicklung und das „Wiki-Gärtners“, d. h. die kontinuierliche Organisation, Pflege und Betreuung der Inhalte.



**Dörte Böhner (M.A.)**

*Fachinformationszentrum der Bundeswehr  
Bonn*



**Thomas Rottmann (Hptm.)**

*Fachinformationszentrum der Bundeswehr  
Bonn*

# AKTUELLE PARLAMENTSPAPIERE IM ELEKTRONISCHEN POSTFACH, EIN ENDLICH MODERNISIERTER „ALTER SERVICE“ DER BIBLIOTHEK DES DEUTSCHEN STÄDTETAGES

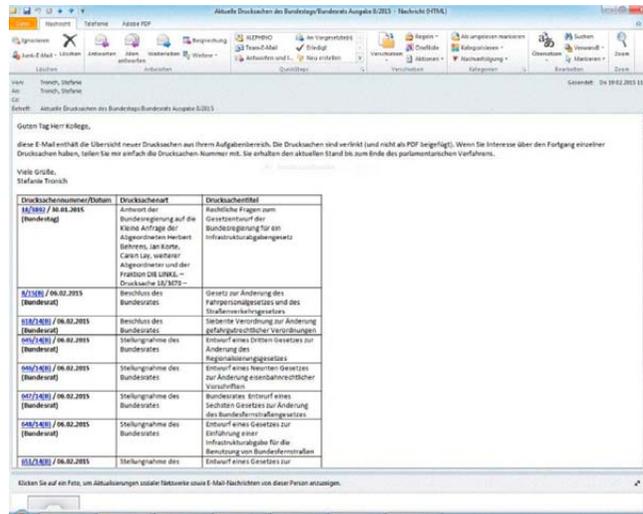
Der Städtetag<sup>1</sup> vertritt die kommunale Selbstverwaltung:

- er nimmt die Interessen der Städte gegenüber Bundesregierung, Bundestag, Bundesrat, Europäischer Union und zahlreichen Organisationen wahr
- er berät seine Mitgliedsstädte und informiert sie über alle kommunal bedeutsamen Vorgänge und Entwicklungen
- er stellt den Erfahrungsaustausch zwischen seinen Mitgliedern her und fördert ihn in zahlreichen Gremien.

Dazu ist es unerlässlich, dass die Beschäftigten umfassend, vollständig und aktuell über die parlamentarischen

*DER SERVICE WIRD VOR ALLEM BEI GESETZGEBUNGSVERFAHREN UND KLEINEN ANFRAGEN GERNE IN ANSPRUCH GENOMMEN.*

Beratungsvorgänge informiert sind. Einzelne Vorgänge werden im Rahmen des Beteiligungsverfahrens bekannt, punktuell durch Presse und Newsletter oder durch persönliche Kontakte, aber die vollständige Übersicht und Aus-



Beispiel-E-Mail

wertung aller erschienenen Parlamentspapiere erfolgt durch die Bibliothek.

Wöchentlich erhält jede Kollegin, jeder Kollege – abgestimmt auf sein Aufgabengebiet – in komprimierter Darstellung, eine Übersicht der neu erschienen Drucksachen per E-Mail.

Bei Interesse verfolgen wir nach entsprechender Rückmeldung den Vorgang und informieren über den Fortgang. Vor allem bei Gesetzgebungsverfahren und kleinen Anfragen wird dieser Service gerne in Anspruch genommen. Das Angebot wird begrüßt, vor allem wird die Möglichkeit geschätzt, die Basisinformationen mit einem Blick der Tabelle entnehmen zu können.

Dieses Verfahren ersetzt den früheren Umlauf der gedruckten Parlamentspapiere. Durch den Versand der elektronischen Drucksachen ist die Aktualität der Information gestiegen und die Darstellung hat an Übersichtlichkeit gewonnen.

Mit dieser „kleinen Modernisierungsmaßnahme“ konnten wir uns durchweg positives Feedback im Haus sichern. Auszug aus den Rückmeldungen:

- ... Das finde ich ja mal einen ganz tollen Service! Besten Dank! ...
- ... das klingt nach einem guten Verfahren! ...
- ... bin mit der elektronischen Variante ganz glücklich und zufrieden ...
- ... Ja danke, sehr gut das System( wie immer) ...

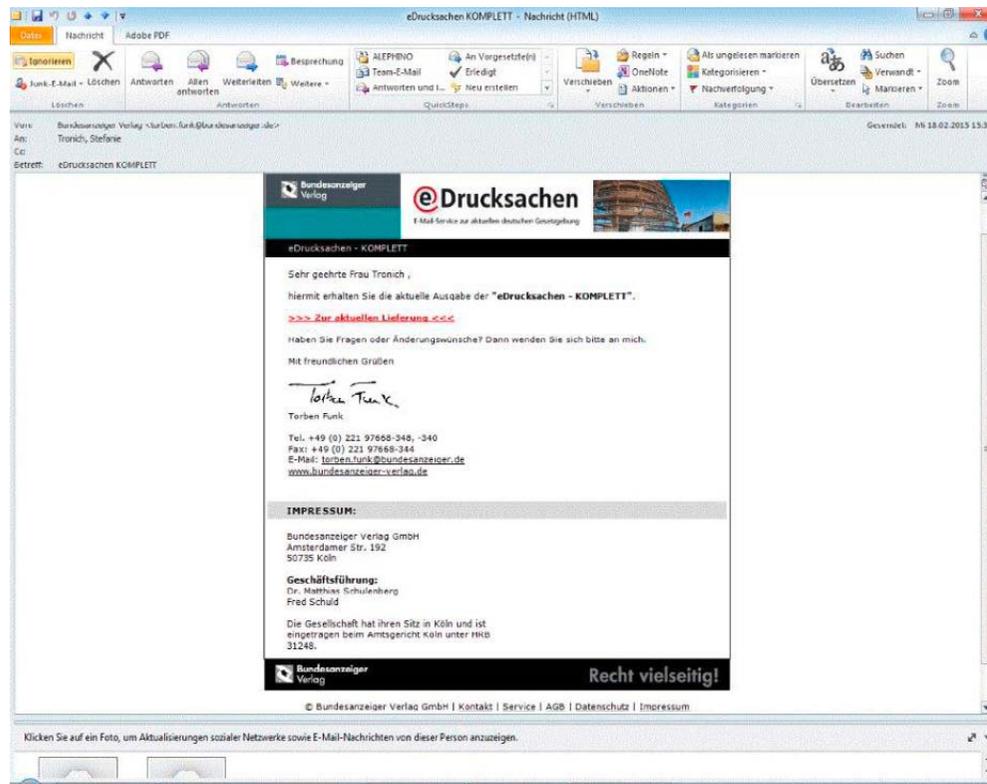
... sehr gute Lösung; ich bin vollends einverstanden ...  
 ... das ist ganz wunderbar! Herzlichen Dank ...  
 ... besten Dank! Das ist eine schöne Neuerung ...  
 ... Das Verfahren halte ich aber auch für gut und eben zeitgemäß ...

Allerdings gilt nicht zu verschweigen, dass diese Dienstleistung sehr zeitintensiv ist. Aber die positiven Reaktionen relativieren und rechtfertigen den Aufwand und sind ein Baustein der serviceorientierten Bibliothek.

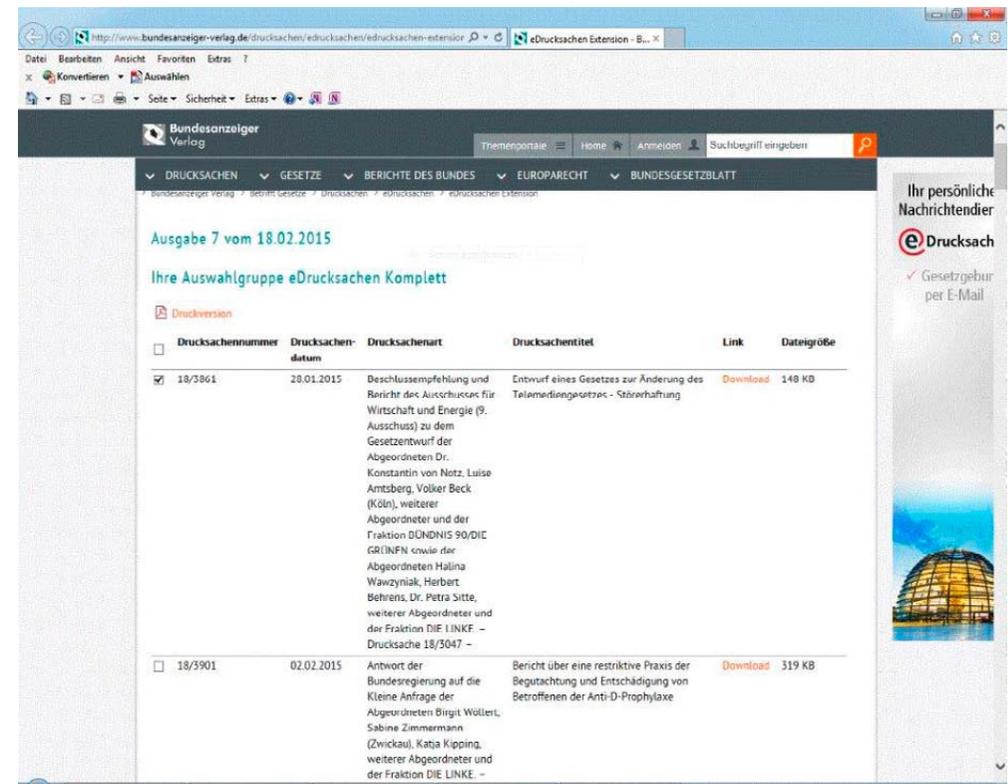
Zur Information über neue Drucksachen des Bundestags und Bundesrats haben wir den kostenpflichtigen Informationsdienst des Bundesanzeiger-Verlags<sup>II</sup> abonniert, der einmal wöchentlich alle neu veröffentlichten Parlamentsdrucksachen liefert. Anhand der gelieferten Gesamtübersicht wird die individuelle Übersicht erstellt. Der Bundestag bietet zwar die Möglichkeit kostenfrei RSS-Feeds<sup>III</sup> über die neu erscheinenden Parlamentspapiere zu abonnieren, aber für eine komplette Auswertung ist die wöchentliche E-Mail-Zusammenstellung

bequemer und effizienter zu handhaben. Um den Inhalt der Drucksache zu erfahren, muss nicht erst die Drucksache aufgerufen werden, sondern der Titel ist der Übersichtstabelle zu entnehmen. Darin liegt ein großer Mehrwert im Vergleich zu den RSS-Feeds.

Da der Deutsche Städtetag auch gleichzeitig die Funktion des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen<sup>IV</sup> übernimmt, wird für die Information über die Parlamentspapiere des Landtags Nordrhein-Westfalen analog verfahren, allerdings kann hier-



Beispiel für Informations-E-Mail des Bundesanzeiger-Verlags



Beispielsansicht für die Lieferung der Drucksachen

für der kostenfreie Dokumenten-Abo-Service des Landtags<sup>V</sup> genutzt werden.

Bei entsprechenden Rückmeldungen wird der Verfahrensstand beziehungsweise die nächsten Schritte im parlamentarischen Verfahren wie Sitzungstermine anhand der Parlamentsdatenbanken und Internetseiten recherchiert. Der Fortgang wird bis zum Ende verfolgt und über die Aufgabenfunktion im E-Mail-Programm Outlook verwaltet.

Abschließend werden beispielhaft die einzelnen Informationsstationen des parlamentarischen Verfahrens anhand des Gesetzes zur Verbesserung der Rechtsstellung von asyls-

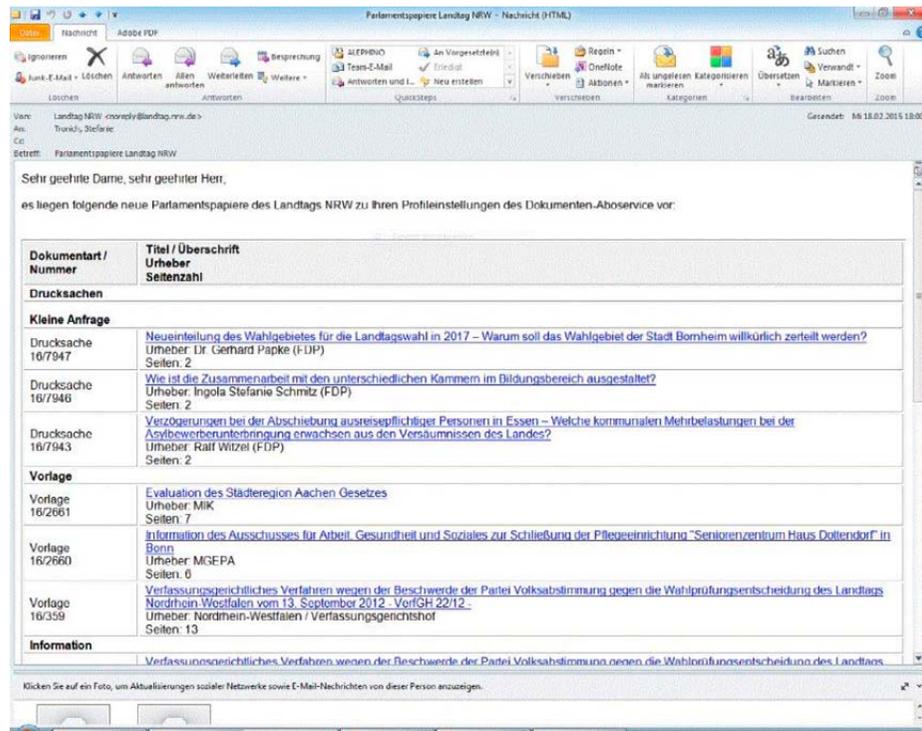
uchenden und geduldeten Ausländern dargestellt, über das die interessierten Kollegen in Kenntnis gesetzt werden möchten. •

**Anmerkungen**

- <sup>I</sup> <http://www.staedtetag.de/>
- <sup>II</sup> <http://www.bundesanzeiger-verlag.de/drucksachen/edrucksachen.html>
- <sup>III</sup> <http://www.bundestag.de/dokumente>
- <sup>IV</sup> <http://www.staedtetag-nrw.de/>
- <sup>V</sup> [http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/Webmaster/GB\\_II/II.1/Oeffentlichkeitsarbeit/OPAL/Dokumenten-AboService.jsp](http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/Webmaster/GB_II/II.1/Oeffentlichkeitsarbeit/OPAL/Dokumenten-AboService.jsp)



**Stefanie Tronich**  
Deutscher Städtetag, Bibliothek, Köln



Beispiel des Abo-Services des Landtags NRW

Stationen innerhalb eines Gesetzgebungsverfahrens, über das informiert wird

11.11.2014	Bundestag-Drucksache (BT-DRS) 18/3144	Gesetzesentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und SPD
12.11.2014	BT-DRS 18/3160	Gesetzesentwurf der Bundesregierung
27.11.2014	BT	70. Plenarsitzung TOP III, 1. Beratung
03.12.2014	BT	31. Sitzung des BT-Innenausschusses TOP 1
03.12.2014	BT-DRS 18/3444	Beschlussempfehlung und Bericht
04.12.2014	BT	73. Plenarsitzung TOP 13, 2. + 3. Beratung (Beschluss: Annahme in Ausschussfassung)
05.12.2014	BR-DRS (Bundesrat-Drucksache) 594/14	Unterrichtung über Gesetzesbeschluss des BT (Überweisung: Ausschuss für Innere Angelegenheiten (federführend))
19.12.2014	BR	929. Sitzung TOP 9, 2. Durchgang
19.12.2014	BR-DRS 594/14(B)	Beschluss-DRS
31.12.2014	Verkündung im BGBl I 2014 Nr. 64 S. 2439	Gesetz vom 23.12.2014 Inkrafttreten 01.01.2015

# PARIS IM AUGUST 2014 – DIE VORKONFERENZ DER IFLA-SEKTION PARLAMENTSBIBLIOTHEKEN FAND IM FRANZÖSISCHEN PARLAMENT STATT

Als 2012 in Helsinki bekannt gegeben wurde, dass die 80. Jahrestagung der Weltorganisation der bibliothekarischen Verbände und Einrichtungen 2014 im französischen Lyon stattfinden würde, machte sich eine kleine Arbeitsgruppe der Sektion Parlamentsbibliotheken an die Vorbereitungen: für die 30. Vorkonferenz der Sektion, die drei Tage vor der Hauptkonferenz stattfinden würde, bot sich als nächstliegender Gastgeber das französische Parlament an, das Mitglied der Sektion und der IFLA ist und sicherlich spannende Einblicke in die Arbeit eines großen, traditionsreichen europäischen Parlaments mit zwei Kammern bieten würde.

Wie jeder weiß, ist jedoch der August für die Franzosen der Urlaubsmonat schlechthin. Das Parlament und praktisch alle Verwaltungen haben Sommerpause und sind geschlossen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter machen Ferien mit ihren Familien und Freunden. Dank der Überzeugungskraft des nationalen Vorbereitungskomitees war jedoch das französische Bibliothekswesen vorgewarnt: die Sommerpläne für 2014 müssten wohl an die IFLA-Aktivitäten angepasst werden.

Und tatsächlich gelang es der Sektion Parlamentsbibliotheken nach einigen Anläufen, im August 2014 im französischen Parlament zu tagen. Nachdem die Parlamentsverwaltung und

die Fachkolleginnen und -kollegen in der Bibliothek davon überzeugt worden waren, dass der Weltkongress immer im August tagt und deshalb auch die Vorkonferenz immer im August stattfinden muss, begann die gemeinsame Planung der Arbeitsgruppe vor Ort und des Standing Committee der

---

*DIESES ENGAGEMENT KONNTE MIT EINER STANDING OVATION AM ENDE DER TAGUNG NUR IM ANSATZ GEWÜRDIGT WERDEN!*

---

Sektion. Die beiden im August für das Parlamentsgeschehen geschlossenen Parlamentsgebäude der Assemblée nationale und des Sénat öffneten ihre Tagungsräume drei Tage für die mehr als 150 Fachkolleginnen und -kollegen aus aller Welt. Was dies für die französische Verwaltung wirklich bedeutete, wurde mir zuerst während eines Vorbesuchs zur Planung im Februar 2014 bei der Assemblée nationale klar: so mussten



Die Begrüßung im prachtvollen Spiegelsaal des Palais Bourbon  
© Assemblée nationale 2014

von den Sicherheitskräften über die Techniker, Übersetzer, Guides und die Restaurantkräfte bis zu den Fachkolleginnen und -kollegen aus der Bibliothek alle Beteiligten für einige Tage aus ihrem Urlaub nach Paris zurückkehren oder hatten gar ihre Urlaubszeit im Sommer gänzlich verlegt. Dieses ganz besondere Engagement der französischen Parlamentsbibliothekare und der Parlamentsverwaltung konnte mit einer Standing Ovation am Ende der Tagung nur im Ansatz gewürdigt werden! Hier wurde auch deutlich, wie beeindruckt alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer von der Durchführung und dem inhaltlich gebotenen Fachwissen waren.

Die Registrierung und Begrüßung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer fand im Palais Bourbon statt, dem historischen Sitz der französischen Nationalversammlung. Die Führung durch die Räume machte allen Teilnehmern deutlich, welcher Tradition sie hier begegneten: das Parlament hat seinen Sitz in dem für ein Mitglied der Bourbonenfamilie erbauten Palais Bourbon und im benachbarten ehemaligen Adelssitz Hotel de Lassay. Ab 1798 tagte im Palais de Bourbon das erste französische Parlament, das als „Rat der Fünfhundert“ bekannt ist. Nachdem der französische Staat die beiden Gebäude 1827 erworben hatte, wurden

zahlreiche Umbauten vorgenommen, insbesondere wurde der heutige große Plenarsaal eingebaut (das Parlament hat heute 577 Mitglieder), und aus dieser Zeit stammen auch die Räumlichkeiten und vor allem die überwältigenden Deckengemälde der Parlamentsbibliothek von Eugene Delacroix.

Der große Tagungsraum Victor Hugo im Gebäude Jacques Chaban-Delmas von 1971, das durch einen unterirdischen Gang mit dem Palais Bourbon, verbunden ist, war für zwei Tage als Tagungsraum reserviert.

Am ersten Tag stellte sich das französische Parlamentsbibliothek mit ihrer Organisation, ihren Diensten und Aufgaben vor.

---

*DIE LESESÄLE UND DIE AUSKUNFT  
STEHEN DEN ABGEORDNETEN AN  
SITZUNGSTAGEN BIS ZUM ENDE ZUR  
VERFÜGUNG.*

---

Die Einrichtung der Parlamentsbibliothek geht auf ein Gesetz von 1796 zurück, mit dem die Bibliothek für die Vorgänger der Assemblée nationale und des Sénat, den „Rat der Fünfhundert“ und den „Rat der Älteren“ gegründet wurde. Heute verfügt die zweite Kammer, der Sénat, über eine eigene Bibliothek. Aufgrund ihrer langen Tradition besitzt die französische Parlamentsbibliothek einen großen Bestand an historischen Werken, den sie in einem entsprechend ausgestatteten Magazin unterhalb des Innenhofes lagert. Auch heute noch erwirbt die Bibliothek gezielt historische Werke, die zur parlamentarischen Tradition gezählt werden. Aber auch für die Arbeit der heutigen Abgeordneten werden zahlreiche Dienstleistungen angeboten. Im Online-Katalog werden inzwischen über 600.000 Titel nachgewiesen, wegen des Platzmangels



Der Plenarsaal des Sénat - © Assemblée nationale 2014

sind allerdings nicht alle Bestände vor Ort sofort verfügbar. Externe Fachdatenbanken stehen selbstverständlich zur Verfügung. Die prachtvollen Lesesäle der Bibliothek stehen den Abgeordneten – ebenso wie die Auskunft – an Sitzungstagen



Der Tagungsraum Victor Hugo im Gebäude Jacques Chaban-Delmas  
© Ross Becker 2014



Blick in einen der historischen Lesesäle der Senatsbibliothek -  
© Assemblée nationale 2014

bis zum Ende zur Verfügung. Im Rahmen einer Neuorganisation wurde 2009 auch das Parlamentsarchiv Teil der Bibliothek. Zu seinen Aufgaben gehören die Gesetzesdokumentation und die Erschließung von Parlamentsmaterialien und Reden sowie die Pflege einer biographischen Abgeordnetendatenbank. Dies sind Aufgaben, die in Deutschland eher der Parlamentsdokumentation zugeordnet sind. Der wissenschaftlicher Dienst oder Beratungsdienst gehört dagegen der europäischen Tradition folgend nicht zur Parlamentsbibliothek. Diese organisatorische Einheit von Parlamentsbibliothek, Archiv und wissenschaftlichem Dienst findet sich überwiegend in den angelsächsisch geprägten Parlamentsverwaltungen z. B. in Großbritannien oder in Kanada.

Auch die Bibliothek der zweiten Kammer, des Senats, blickt auf eine lange historische Tradition zurück. Untergebracht im Palais du Luxembourg, einem ehemaligen Palais der Maria von Medici, besteht sie seit 1814. Auch heute noch sind zahlreiche historische Werke im Bestand vorhanden und zu restaurieren. 32 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stehen für Dienstleistungen für den Senat und für archivarische und restauratorische Aufgaben zur Verfügung.

Die Vorkonferenz wurde von zwei weiteren Aktivitäten der Sektion flankiert: Am Tag vor der Vorkonferenz fand der inzwischen ebenfalls schon traditionelle Training Day statt. Gemeinsam mit dem Projekt NORIA der „Assemblée Parlementaire de la Francophonie“ unter der Leiterin Mireille Eza veranstaltete die Sektion am Tag vor Beginn der Vorkonferenz einen Schulungstag für Bibliothekarinnen und Bibliothekare aus jungen Demokratien in französischsprachigen Staaten. Es waren insbesondere frankophone Kolleginnen und Kollegen aus afrikanischen Staaten gekommen. Den Teilnehmerinnen und Teilnehmern an dieser Schulung, bei der es um organisatorische und IT-technische Fragen zum Aufbau von Parlamentsbibliotheken und Informationsstellen und um Strategien und Werkzeuge zur Bewertung der Einrichtungen ging, wurde eine Partizipation auch an der Vorkonferenz ermöglicht.

Am 15. August sollte – nach Ende der Vorkonferenz und vor der Fahrt nach Lyon zum Weltkongress – der Management-Workshop der Sektion in Paris stattfinden. Der ebenfalls schon seit mehreren Jahren durchgeführte Workshop dient der gemeinsamen Diskussion aktueller wichtiger Themenfelder und bietet die Möglichkeit, sich in kleinen Gruppen über Aspekte des Arbeitsalltags auszutauschen und neue Ideen zu entwickeln oder Konzepte aus anderen Parlamentsbibliotheken in die eigenen Einrichtung mitzunehmen. Der für den Workshop vorgesehene Tag war der 15. August, Maria Himmelfahrt. An diesem Tag konnte allerdings auch die engagierte

---

*NACH DEN LEBHAFTEN GRUPPENDISKUSSIONEN WURDE FESTGESTELLT, DASS DER MANAGEMENT-WORKSHOP KÜNFTIG GANZTÄGIG STATTFINDEN MUSS.*

---

und verständnisvolle Parlamentsverwaltung der Sektion keinen Raum anbieten. Dieser Tag ist in Frankreich ein hoher Feiertag, an dem nicht gearbeitet wird! Auf Empfehlung des Parlaments konnte aber in der Nähe des Eiffelturms in einem Hotel ein Tagungsraum mit der notwendigen Ausstattung angemietet werden, so dass der Workshop halbtags stattfinden konnte. Für einen ganzen Tag reichte das „Administrative Money“, d. h. die verfügbare Geldsumme der Sektion, leider nicht. Nach den lebhaften Gruppendiskussionen über die Gestaltung von Einführungsveranstaltungen für neue Parlamentarier, elektronische Angebote und über Evaluation von Diensten wurde festgestellt, dass die Sektion den Management Workshop auch auf künftigen Vorkonferenzen anbieten

sollte und dass er doch ganztägig stattfinden muss. Zu viel gab es aus den täglichen Anforderungen heraus in den kleinen Gruppen von internationalen Fachkolleginnen und -kollegen auszutauschen, zu besprechen und zu diskutieren.

Es waren schöne und intensive Tage im August 2014 in Paris. Den französischen Gastgebern ist für ihre Gastfreundschaft während ihres Ferienmonats ganz herzlich zu danken. •



**Dr. Christine Wellems**

*Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg  
Bürgerschaftskanzlei  
Parlamentarische Informationsdienste*

# RDA – CONTRA

„Weh! Wie beschuldigen die Sterblichen immer uns Götter!  
Von uns komme das Übel, so sagen sie, während sie selber  
Leiden sich schaffen durch eigene Freveltat wider das  
Schicksal!“  
Homer, Ilias, 19. Gesang

Die Katalogisierungsregelwerke im 19. und 20. Jahrhundert haben mit den Ordnungsprinzipien der Katalogisate effektive Lagerverwaltung der Medien, Retrieval durch sequentielle Reihung und Informationsverarbeitung ermöglicht. Im Gegensatz dazu haben die Bibliothekare mit der Einführung von RDA vor den Herausforderungen der Gegenwart in mehrfacher Hinsicht versagt.

## 1. BIBLIOTHEKSPOLITISCHE ZIELSETZUNG

Bibliothekspolitisch müsste durch drastische Verringerung des Aufwands für die Lagerverwaltung, insbesondere für den Arbeitsaufwand und die Kosten für die Formalerschließung die Voraussetzungen geschaffen werden,

- Raum für verstärkte inhaltliche Erschließung und Informationsvermittlung zu gewinnen
- die Existenz insbesondere kleinerer Bibliotheken und damit die Bibliotheksvielfalt und die Bibliotheksinfrastruktur in der Fläche zu sichern
- den Schwerpunkt bibliothekarischer Kompetenz und Identität von der Lagerverwaltung hin zu inhaltlicher Erschließung, umfassender Medienkompetenz und Informationsvermittlung zu verschieben.

Durch die RDA als konventionellem Regelwerk, das traditionelle Analyse des Objekts und der Zuschreibung von Informationselementen voraussetzt, werden im Gegensatz dazu große Arbeitskapazitäten für die Formalkatalogisierung gebunden.

---

*DURCH DIE RDA WERDEN GROSSE  
ARBEITSKAPAZITÄTEN FÜR DIE FOR-  
MALKATALOGISIERUNG GEBUNDEN.*

---

Behördenbibliotheken können es sich nicht leisten, ihre Arbeitszeit mit Lagerverwaltung auszufüllen und sich weitgehend mit sich selbst zu beschäftigen. Von ihnen wird erwartet, dass sie Information schnell und effektiv bereitstellen und aktive Dienstleistungen auch in kürzester Zeit erbringen.

## 2. DER VERGESSENE BENUTZER

In einer RDA-Einführung wird der Nutzen für den Benutzer folgendermaßen beschrieben:

„Benutzer sollen bei den folgenden Anforderungen unterstützt werden:

- Finden - d. h. Informationen über diese Entität und über Ressourcen finden, die mit der Entität in Verbindung stehen
- Identifizieren - d. h. bestätigen, dass die beschriebene Entität der gesuchten entspricht, oder zwischen mehreren Entitäten mit gleichen Namen usw. unterscheiden
- Klären - d. h. die Beziehung zwischen mehreren solcher Entitäten klären oder die Beziehung zwischen der beschriebenen Entität und einer Bezeichnung, unter der diese Entität bekannt ist, klären
- Verstehen - d. h. verstehen, warum eine bestimmte Bezeichnung oder ein Titel oder eine bestimmte Namens- bzw. Titelform als bevorzugte Bezeichnung oder bevorzugter Titel für die Entität ausgewählt wurde.“

---

*ZUR IDENTIFIZIERUNG DES STAND-  
ORTS VON MEDIEN IST ABER EIN  
NEUES REGELWERK NICHT ERFOR-  
DERLICH.*

---

„Träum weiter von deinen Entitäten“, möchte man spontan ausrufen. Schon jetzt geraten die Kataloge ins Hintertreffen und verstecken sich verschämt in Discovery Systemen, um

überhaupt Akzeptanz zu bekommen. Das Finden durch Suchmaschinen ist viel effektiver, nicht nur weil man oft zusätzliche Informationen erhält. Zur Identifizierung des Standorts von Medien und zur Ausleihe im Katalog ist aber ein neues Regelwerk nicht erforderlich. Ein über die normalen Katalogisierungsregeln erkennbarer Nutzen ist nicht erkennbar.

### 3. WORKFLOW: DAS BUCH KATALOGISIERT SICH SELBST

Die wirkliche Herausforderung der Gegenwart: Das Buch katalogisiert sich selbst. Grundlage sollte im Internet der Dinge sein, dass das Buch die Informationen z. B. durch RFID Transponder mit sich führt. Die Kernelemente werden bei der Entstehung, d. h. im Verlag bzw. gegebenenfalls auch beim Autor generiert und automatisch bei den nächsten Stationen – in der Bibliothek oder am PC des Lesers ausgelesen. Weitere Informationselemente wie z. B. Standort oder weitere inhaltserschließende Elemente können an den einzelnen Stationen ergänzt, auf das Buch und in zentrale Datenpools ausgelesen werden.

Wird also ein Bücherwagen mit 30 Büchern in das entsprechende Zimmer der Bibliothek gerollt, melden diese sich direkt am Computer an, identifizieren sich, erhalten einen Signaturcode zugeteilt und dieser Signaturcode wird an das Buch, aber auch an die Verbundsdatei zum Bestandsnachweis zurückgemeldet. Der Grundprozess der Katalogisierung ist damit – ohne direktes Eingreifen eines Bibliothekars – abgeschlossen.

Grundlage dieses Katalogisierungsprozesses sind nicht mehr Vorlage und Haupttitelseite, sondern die Informationselemente, die das Buch als Daten mit sich führt.

Die Tätigkeit der Katalog-Fachkraft wird sich auf zwei

wesentliche Aufgaben verlagern: Sie muss prüfen, ob diese Kernkatalogisierung ausreichend ist, oder ob das Objekt, das jetzt schon eindeutig identifiziert werden kann, durch semantische Netze formaler oder inhaltlicher Art mit schon vorhandenen Objekten verbunden werden muss. Wichtig ist die Erhöhung der Zuverlässigkeit und Konsistenz der Daten durch entsprechende Regelungen und Korrekturmöglichkeiten, wie sie in kooperativen Internetprojekten wie Wikipedia schon funktionieren.

### 4. SEMANTISCHES NETZ

Wie ein semantisches Informationsnetz aussehen könnte, das einen Nutzen für die Benutzer enthält, ihn aber auch daran mitwirken lässt, zeigt das Biblionetz des Schweizer Informatikers Beat Döbeli Honegger <http://beat.doebe.li/bibliothe/>.

### FAZIT

All das gibt es aber nicht. Es gibt die RDA mit einem großen Schulungsaufwand und dem traditionellen Aufwand zur Katalogisierung, der dem Vernehmen nach noch größer ist als bei RAK. Ich kann den Behördenbibliotheken nur empfehlen, den Aufwand für die Lagerverwaltung so gering wie möglich zu halten und sich auf die aktiven Dienstleistungen zu konzentrieren, um nicht ihre eigene Existenz zu gefährden. Bibliotheken, die nicht im Verbund sind und auch keine Fremddaten übernehmen, können gegebenenfalls RDA völlig ignorieren und die Daten in die Erfassungsmaske ihres Bibliothekssystems eingeben, die sie für den Benutzer für notwendig halten. Oder noch besser: Sie laden sich Formaldaten mit einem Skript aus irgendeiner Quelle, seien es rudimentäre RDA-Daten, Buchhandelsdaten oder gar Amazon. •



**Dr. Jürgen Kaestner**

*Hessischer Landtag, Wiesbaden  
Archiv, Bibliothek, Dokumentation*

# ÄRGER MIT „BUNDLES“?

*DIE NICHTBEANSTANDUNGSKLAUSEL DES BMF LÄUFT AUS UND HINTERLÄSST VERWIRRUNG.*

## SITUATION

Häufig wird den Bibliotheken im Zusammenhang mit der Abgabe von gedruckten Büchern, Zeitschriften und Zeitungen auch eine kostenlose digitale Zugabe zum Printabo mitgeliefert. Bisher wurden beide Komponenten („Bundle“) einheitlich mit dem verminderten Mehrwertsteuersatz von 7% berechnet. Der Beschluss des Bundesfinanzhofes (BFH) vom 3. April 2013 (AZ V B 125/12) und die nun auslaufende „Schonfrist“, die durch eine Nichtbeanstandungsklausel des BMF gewährt wurde, zwingt die Lieferanten dazu, diese Vorgehensweise zu ändern und die Bestandteile der Lieferung getrennt nach unterschiedlichen Steuersätzen auszuweisen: die Abgabe gedruckter Werke unterliegt dem ermäßigten Steuersatz, die Zugangsmöglichkeit zu elektronischen Medien aber dem Regelsteuersatz.<sup>1</sup>

Das Bundesministerium der Finanzen (BMF) vertritt die Auffassung, dass die Möglichkeit der Nutzung eines E-Papers bzw. eines E-Books keine Nebenleistung zur Hauptleistung (= Lieferung einer gedruckten Zeitung oder eines gedruckten Buches) darstellt. Die Bereitstellung der elektronischen Version habe für den Leistungsempfänger einen eigenständigen Zweck und werde weder in Abrundung noch in Ergänzung der Lieferung der Zeitschrift bzw. des Buches erbracht.<sup>2</sup>

Von dieser Auffassung ist das BMF trotz Intervention verschiedener Verlage und Verbände und nach Erörterungen mit den obersten Finanzbehörden der Länder nicht abgewichen. Lediglich hat es einen Aufschub gewährt, um Verlagen und Leistungsempfängern mehr Zeit für die technische Umsetzung der Neuregelung einzuräumen. Dabei wird unterschied-

den zwischen E-Books und E-Papers/E-Journals:

- für E-Books gilt die Schonfrist noch bis zum 31.12.2015,
- für deutsche Anbieter von Zeitschriften und Zeitungen lief die Frist zum 1.1.2015 aus, jedoch wurde die alte Regelung noch bis zum 31.3.2015 geduldet,
- für ausländische Anbieter von Zeitschriften und Zeitungen wird die Umsetzung erst ab dem 1.1.2016 verbindlich.

Leider gibt es keine rechtlich bindenden, klar definierten Anwendungsregeln für die Anbieter. Im Beschluss des BFH vom 3.4.2013 heißt es dazu lediglich, dass die Unterteilung des bisher pauschalen Gesamtverkaufspreises nach der „einfachst möglichen“ Aufteilungsmethode zu erfolgen hat, wobei dies zu einem „sachgerechten Ergebnis“ führen soll. Die Aufteilung auf unterschiedlich zu besteuerte Teilleistungen wurde jedoch als Pflichtangabe der Rechnungslegung verbindlich vorgeschrieben. Eine insgesamt wenig transparente Regelung, denn einerseits ist die Unterteilung der Rechnung obligatorisch, andererseits können die Verlage / Datenbankanbieter / Lieferanten selbst entscheiden, wie hoch der Print-Anteil mit 7% und der E-Paper/E-Book-Anteil mit 19% einer Rechnung ist.

Obwohl die Umsetzungsfristen durch die eingeräumte Nichtbeanstandungsklausel verlängert wurden, zeigen nun erste Erfahrungen, dass Buchhändler und Bibliotheken gleichermaßen von dieser Problematik „kalt erwischt“ wurden. Niemand hat sich damals die Folgen des Erlasses von 2013 so wirklich zum Thema gemacht bzw. die Tragweite erkannt. Jetzt herrscht erst mal ziemliches Chaos ... und Ratlosigkeit.<sup>3</sup> Allzu leicht macht man es sich allerdings, stellt man nun

die Verlage/Datenbankanbieter als „die Bösen“ hin. Auch sie müssen die „erhöhte“ Umsatzsteuer (= Regelumsatzsteuer) entrichten und es ist nur legitim, wenn sie dies an die Leistungsempfänger weiterreichen. Ebenso wenig bringt es, wenn man – wie es derzeit geschieht – den Verbänden den Vorwurf macht, sich hier nicht früher bzw. stärker und vor allem transparenter engagiert zu haben.

**Vielmehr kann es für uns, die wir jetzt den veränderten Sachstand umsetzen müssen, hilfreicher sein, wenn wir untereinander Erfahrungen, Probleme, Tipps und Anregungen austauschen. Es gibt viele Fragen aber sicherlich auch Antworten oder Lösungsvorschläge.**

## AUSWIRKUNGEN AUF DIE BIBLIOTHEKEN

Für Bibliotheken stellen die Konsequenzen aus dem Erlass und aus der Verwaltungsanweisung eine große Herausforderung dar, da sich nicht nur die Anzahl der zu bearbeitenden Rechnungen verdoppelt, sondern auch die verschiedenen Print-/Online-Modelle gesondert dokumentiert werden müssen. Außerdem sorgen die unterschiedlichen „Schonfristen“ (Bücher oder Zeitschriften/Zeitungen, inländisch oder ausländisch) auch nicht gerade für Klarheit.

Gemeinsam mit den Lieferanten müssen Bibliotheken nun eine transparente, gangbare Lösung für die Rechnungstellung finden. Die Regeln sollten klar definiert und jederzeit abrufbar sein. Es steht zu erwarten, dass die Rechnungshöfe des Bundes und der Länder oder andere Finanzkontrollorgane eine rechtskonforme Umsetzung früher oder später prüfen und ggf. beanstanden werden.

So wird es in Zukunft unterschiedliche Fälle von Rechnungsstellungen geben:

- Berechnung von Print + Online mit getrennten Rechnungen – Online-Anteil nur für Passwort-Zugang, App, Newsletter etc.
- Berechnung von Print + Online in einer Rechnung – Online-Anteil nur für Passwort-Zugang, App, Newsletter etc.

### PROBLEME BEI DER UMSETZUNG / PROBLEME MIT DEN LIEFERANTEN

Beispiel: Fehlende Möglichkeit, nur und ausschließlich die Print-Version zu erwerben

Was tun mit Lieferungen, wo seitens der Bibliothek nur eine Printversion bestellt war, der Verlag jedoch zusätzlich die Möglichkeit eines Online-Zugriffs als (bisher so definierte) „kostenlose digitale Zugabe“ geliefert hat, nun aber getrennte Rechnungen mit unterschiedlichen MwSt.-Sätzen ausstellt? Oft nämlich können diese E-Komponenten in den Bibliotheken gar nicht genutzt werden,

- da sie z. B. passwortgebunden sind und deshalb nicht in den Katalog integriert werden können,
- da nur personengebundene Einzelplatz-Lizenzen im Bundle enthalten sind, die für eine Behörde in der Regel nutzlos sind,
- da ein behördenweiter Online-Zugriff bereits über andere Pakete zur Verfügung steht (z.B. der Online-Zugriff zur NJW im Bundle und der Online-Zugriff über beck online)

Wenn man nun versucht, die bisherige (unaufgeforderte) Bundle-Lieferung in ein Nur-Print-Abonnement umzuwandeln, stößt man bei den Verlagen/Lieferanten auf Granit – sie bieten in den meisten Fällen ihr Produkt ausschließlich als „Paket“ an.

Solche und ähnliche Einwände und Beschwerden haben zurzeit Konjunktur und haben die APBB-Redaktion dazu angeregt, dieses Thema hier in unserer neuen Rubrik „zur Diskussion“ zu stellen.

**Wie können wir in der APBB, als Interessensvertretung der Parlaments- und Behördenbibliotheken, für dieses und andere „Bundle-Probleme“ praktikable Umsetzungslösungen finden?**

**Lassen Sie sich dazu einladen, Ihre Meinung, Ihren Hilferuf wie auch Ihre Anregungen zur „Bundle-Problematik“ in unserem Weblog offen für alle zugänglich zu machen und von unserem Netzwerk zu profitieren. Schicken Sie Fragen, Antworten und Kommentare an Frau Lübcke [mail@viz.charlottenburg-wilmersdorf.de](mailto:mail@viz.charlottenburg-wilmersdorf.de) – sie wird die Beiträge dann in den APBB-Weblog einstellen (auf Wunsch auch anonym).**

*Ihre Redaktion*

### Anmerkungen

<sup>1</sup>Grundlagen:

- Beschluss Bundesfinanzhof vom 3. April 2013 (V B 125/12, BStBl II S. 973)
- Erlass des Bundesministeriums der Finanzen vom 28. November 2013 IV D 2 – S 7200/13/10004 (Umsatzsteuer; Trennung der Entgelte bei Abgabe mehrerer unterschiedlich zu besteuender Leistungen zu einem pauschalen Gesamtverkaufspreis)  
Hier geht es um die Anfügung eines zusätzlichen Absatzes (11) an den Umsatzsteuer-Anwendungserlass, Abschn. 10.1 vom Oktober 2010:  
„(11) Erbringt ein Unternehmer im Rahmen eines Gesamtverkaufspreises zwei oder mehrere unterschiedlich zu steuernde Lieferungen ... ist der einheitliche Preis sachgerecht auf die einzelnen Leistungen aufzuteilen. ...“
- Verwaltungsanweisung BMF, 2. Juni 2014 IV D 2 – S 7200/13/10005 (Print und E-Paper bzw. E-Book zum Gesamtverkaufspreis)  
Darin heißt es u.a.: „Die Möglichkeit der Nutzung eines E-Papers bzw. eines E-Books stellt keine Nebenleistung der Hauptleis-

tung ‚Lieferung einer gedruckten Zeitung‘ bzw. ‚Lieferung eines gedruckten Buchs‘ dar. Vielmehr stellt die Bereitstellung von E-Papers bzw. E-Books für den Leistungsempfänger einen eigenständigen Zweck dar und wird weder in Abrundung noch in Ergänzung der Lieferung der Zeitung bzw. des Buchs erbracht. Durch das zusätzlich zur Verfügung gestellte E-Paper bzw. E-Book wird es ... ermöglicht, unabhängig von räumlichen Gegebenheiten jederzeit auf das elektronisch zur Verfügung gestellte Medium zuzugreifen. ...“

Und abschließend: „Im Ergebnis handelt es sich bei der Einräumung eines zusätzlichen Zugangs zum E-Paper bzw. zum E-Book neben der Abgabe der gedruckten Zeitung bzw. des gedruckten Buchs um eine eigenständige, gesondert zu würdigende Leistung in Form einer sonstigen Leistung i. S. von § 3 Abs. 9 Satz 1 UStG, die auf elektronischem Weg erbracht wird.“

<sup>2</sup>s.a. Kommentar zur Umsatzsteuer von Rolf-Rüdiger Radeisen in: Datenbank Hauffe Steuer Office (gesehen am: 24.3.2015)

<sup>3</sup>Aufschlussreich (wenn auch nicht unmittelbar auf Bibliotheken bezogen) ist folgende IVW-Durchführungsbestimmung, da sie sehr anschaulich das Ausmaß dieser nicht so leicht nachvollziehbaren Richtlinien dokumentiert: [daten.ivw.eu/download/pdf/Durchfuhrungsbestimmung\\_Bundles.pdf](http://daten.ivw.eu/download/pdf/Durchfuhrungsbestimmung_Bundles.pdf)